

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

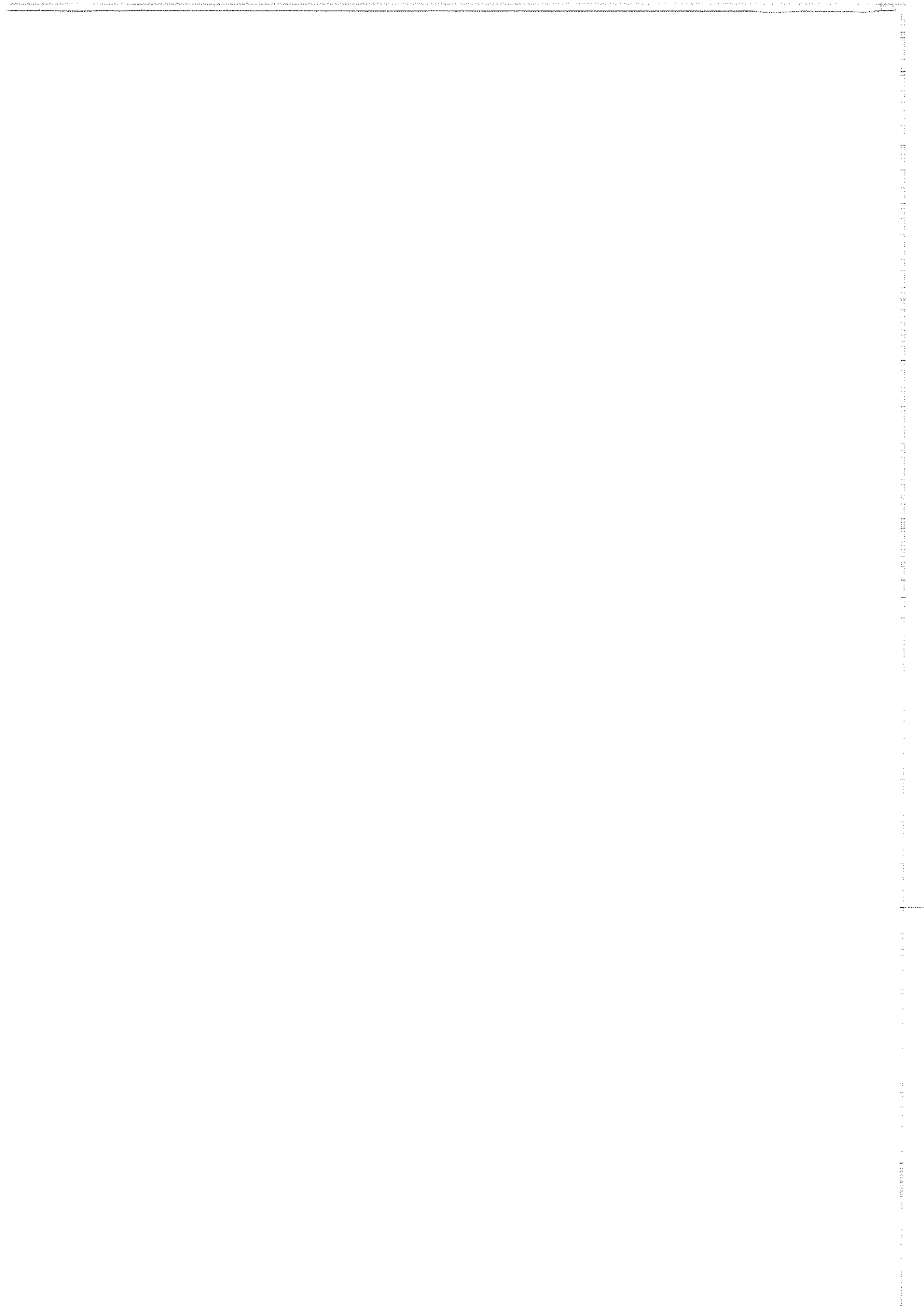
34.

SITZUNG

21-10-1965

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP



INDICE

Disegno di legge n. 25:

**« Ulteriore finanziamento ed integrazioni
della legge regionale 1 settembre 1962,
n. 19 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 25:

**« Weitere Finanzierung des Regional-
gesetzes Nr. 19 vom 1. September 1962
und dessen Ergänzung »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,35.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 14-10-1965.

MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): *(legge il processo verbale)*.

(Assume la Presidenza il Presidente avv. Bertorelle).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Sono state presentate le seguenti nuove interrogazioni: n. 60, del cons. Dalsass all'Assessore agli enti locali per la liquidazione del contributo per ordinaria amministrazione del

Corpo volontario dei vigili del fuoco per il 1965; n. 61, dei cons. Corsini e Agostini al Presidente della Giunta regionale sull'elaborazione da parte della Giunta di un piano coordinato di interventi sociali; n. 62, del cons. Corsini all'Assessore al turismo sulle cause che ritardano l'afflusso delle acque al lago di Caldonazzo; n. 63, dei cons. Carbonari e Raffener al Presidente del Consiglio e al Presidente della Giunta sull'aumento degli emolumenti ai consiglieri regionali; n. 64, dei cons. Mognoni e Menapace all'Assessore regionale all'industria, sulla situazione della società Montecatini di Sinigo.

Riprende ora la discussione generale sul disegno di legge n. 25: « **Ulteriore finanziamento e integrazioni della legge regionale 1 settembre 1962, n. 19** ».

Ha chiesto a parola il cons. Bernhart.

La parola al cons. Posch per richiamo al regolamento.

POSCH (S.V.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Worte gemeldet, um meinem Erstaunen Ausdruck zu verleihen, weil die dringende Anfrage, die einige Abgeordnete unserer Gruppe am 4. Oktober d.J. dem Präsidenten des Regionalrates

hinsichtlich der Zustände bei den Laaser Marmorwerken vorgelegt haben, bis heute noch nicht beantwortet worden ist. Der Herr Regionalratspräsident hat wohl am 13. Oktober die Absicht gehabt, mir das Wort zu erteilen, damit ich zu dieser Anfrage Stellung nehme; er mußte aber feststellen, daß der zuständige Assessor, Dr. Albertini, abwesend war. Auch am Tag nachher, am 14. Oktober, war der zuständige Assessor nicht anwesend. Ich möchte nun wirklich fragen, wie es eigentlich um die Beantwortung und um die Behandlung dieser dringenden Anfrage steht. Will man das nach drei Wochen noch weiter hinausschieben oder was gedenkt man zu tun? Ich bitte, ja ich verlange, daß, sobald der zuständige Assessor Albertini eintrifft, die Debatte unterbrochen und die Anfrage im Laufe der heutigen Sitzung behandelt wird.

(Signor Presidente! Signore e Signori! Ho preso la parola per esprimere la mia meraviglia sul fatto che fino ad oggi non ha avuto risposta l'urgente interrogazione, presentata da alcuni consiglieri al Presidente del Consiglio regionale il 4 ottobre di quest'anno in merito alla situazione della Lasa-Marmi. È vero che il Signor Presidente del Consiglio regionale il 13 ottobre intendeva darmi la parola, per permettermi di prendere posizione in merito a questa interrogazione; ma è stato costretto a prendere atto del fatto, che il competente Assessore dott. Albertini non era presente. Desidero ora chiedere seriamente, a che punto siamo con la risposta e la trattazione di questa interrogazione urgente. Vogliamo ancora rinviarla di tre settimane, o che cosa pensiamo di fare? Chiedo, anzi esigo, che, non appena il competente Assessore arrivi, la discussione venga interrotta e venga trattata l'interrogazione nel corso della seduta odierna.)

PRESIDENTE: Cons. Posch, mi dispiace del ritardo nella discussione di questa interpellanza ma, come lei ha osservato, esso non dipende da questa Presidenza. Devo dirle che, non essendo presente al momento l'assessore competente, non è possibile trattarla, ma prenderò contatti con l'assessore perché venga trattata domani mattina all'inizio di seduta.

La parola al cons. Bernhart.

BERNHART (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vor Beginn dieser Debatte von den zuständigen Herren Assessoren die Berichte über die schreckliche Unwetterkatastrophe in den ersten Septembertagen dieses Jahres vernommen und das Ausmaß der angerichteten Schäden in Zahlenbildern vorgestellt bekommen. Nun liegt es an uns, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um diese angerichteten Schäden so bald als möglich wieder gutzumachen und den in Not stehenden Leuten zu helfen.

Das ganze Volk der Region blickt in diesen Tagen auf ihre gewählten Vertreter und erwartet sich von ihnen eine zufriedenstellende Lösung und eine Linderung der entstandenen Notlage. Es sei deshalb auch mir gestattet, ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen:

Die im heurigen September aufgetretenen Wasserkatastrophen haben eindeutig erwiesen, daß die auf diesem Sektor zur Verfügung gestellten Mittel und die technische Ausrüstung sowie die Organisation zur Bekämpfung derartiger Naturereignisse absolut unzureichend waren und daß für die Zukunft radikalere Wege gesucht werden müssen, um bei Eintreten solcher Erscheinungen sofort intensiv und massiv einschreiten zu können. Um Aussicht

auf eine wirksame Bekämpfung zu haben, muß der Ausbruch der Elementargewalten schon an seiner Wurzel verhindert werden. Sobald demselben zeitlich die Möglichkeit zur Entfesselung geboten wird, wird er örtlich und proportional zur Ursprungsentfernung derartige Ausmaße annehmen, daß sich die Bekämpfung nur mehr auf Teilerfolge beschränken kann und eine volle und umfassende Bekämpfung fast gänzlich ausgeschlossen ist.

Diese Überlegungen führen unmittelbar auf den Kern des Problems, und zwar:

1. Wildbachverbauung am oberen Lauf der Bäche und Flüsse;
2. Bekämpfung des Wasserausbruches in der Talsohle.

In puncto Wildbachverbauung ist eine intensive, progressive und planmäßige Investition der öffentlichen Mittel schon deshalb angebracht, weil sie aus rein natürlichen Überlegungen die beste und wirksamste Bekämpfungsmethode ist. Außerdem erscheint dort die Behebung am billigsten und die unbestritten angebrachteste, eben weil sie am Ursprung des Übels angesetzt wird. Wildbachverbauung ist unerlässlich, weil sie das Volksvermögen schützt und damit schon im voraus spätere Hilfsmaßnahmen nicht mehr erforderlich macht. Wildbachverbauung ist vordringlich, weil sie als eine vorverlegte Soforthilfe angesehen werden kann. Eine kluge Investitionspolitik würde während der ruhigen Finanzjahre kaum hart und empfindlich auf die Bilanzen einschneiden, wohl aber verhindern, daß das Eintreten der schädlichen Naturereignisse die öffentliche Verwaltung total überrascht und die Finanzposten aus den Angeln reißt, mit der unvermeidlichen Folge, daß ein krampfhaftes Suchen nach Mitteln beginnt, die dann nicht oder reich-

lich spät aufzubringen sind — siehe Unwetterkatastrophe 1960 in unserer Region und siehe Unwetterkatastrophe Vajont —, ganz zu schweigen von Anwendungen der Mittel an falscher Stelle, wenn auch ungewollt, wodurch dann der Zweck des Vorhabens ohnehin in Frage gestellt wird.

Und nun kurz zum zweiten Kernproblem: Bekämpfung des Elements Wasser in der Talsohle. Ist demselben an seinem Ursprungsort das Wüten weitgehend eingeschränkt worden, so werden sich die schädlichen Entwicklungen in der Talsohle auf ein tragbareres Maß reduzieren lassen und die Bekämpfung dortselbst wird wesentlich erleichtert. Automatisch können dann die hierfür erforderlichen Mittel für die Ursprungsbekämpfung angewendet werden. Was nun die Bekämpfung in der Talsohle aus technischer Sicht anbelangt, hat sich zweifelsohne erwiesen, daß bei dieser, wie gewöhnlich, den Feuerwehren der Löwenanteil zufällt und bis heute immer zugefallen ist. In Anbetracht dieser Tatsache erachte ich es für angebracht und als eine Verpflichtung, anlässlich dieser Debatte all den Feuerwehrmännern, welche viele Tage hindurch ununterbrochen im Einsatz standen, einen von Herzen kommenden Dank und gebührende Anerkennung auszusprechen. Ich ersuche die werten Presseleute, diesen Dank an die braven Feuerwehrmänner weiterleiten zu wollen. Dazu muß festgestellt werden, daß sämtliche Einsätze der freiwilligen Feuerwehren schlagkräftig und zielbewußt durchgeführt wurden: Trotzdem muß aber dennoch gesagt werden, daß diese Einsätze neuerdings den klaren Beweis geliefert haben, daß die Wehren für solche Katastropheneinsätze nicht ausreichend ausgerüstet sind, weshalb sich daraus die unbedingte Notwendigkeit ergibt, diese Körperschaft mit Spezialgeräten auszurüsten. Um mich kurz zu fassen, möchte ich

nur die allerwichtigsten dieser Spezialgeräte aufzeigen und deren Notwendigkeit unterstreichen.

Dringend notwendig wären vor allem folgende Maschinen und Fahrzeuge:

1. Mannschaftsfahrzeuge zur schnellen Beförderung der Wehrmänner;
2. Lichtaggregate für den Einsatz in der Dunkelheit;
3. Funksprechgeräte zur schnelleren Alarmierung der Nachbarfeuerwehren und zur besseren Koordinierung des Einsatzes;
4. Baggermaschinen zur Freimachung der Verbindungsstraßen und Verkehrswege.

Ihnen allen, werte Kolleginnen und Kollegen, ist es zur Genüge bekannt, daß schnelle Fahrzeuge bei ähnlichen Katastrophenfällen eine große Rolle spielen. Des öfteren kommt es nur auf Minuten an, um ein Menschenleben retten zu können oder einen Dammburch usw. zu verhindern.

Als zweite sehr dringende Notwendigkeit habe ich die Lichtaggregate erwähnt. Jawohl, auch diese sind von ungeheurer Wichtigkeit und Vordringlichkeit, denn die Dunkelheit und die Nacht sind die größten Feinde des Einsatzes. Wer einmal die Gelegenheit hatte, einen Einsatz der Feuerwehr bei Dunkelheit mitzumachen, der weiß, wie schwierig es ist, im Dunkel eine Rettungsaktion durchzuführen. Ohne Licht sind die Wehrmänner machtlos und laufen große Gefahr, selbst von den Fluten weggerissen und abgeschwemmt zu werden. Es wäre daher von großer Wichtigkeit, wenn jeder Feuerwehrbezirk mit solchen Lichtaggregaten ausgerüstet würde.

Um einen Katastropheneinsatz erfolgreich und schlagkräftig leiten zu können, braucht es ferner noch unbedingt Funksprechgeräte. Nur

mit diesen Funkgeräten kann ein Einsatz mit Sicherheit durchgeführt werden. Lange schon sind solche Funksprechgeräte von den Feuerwehren angefordert worden, jedoch die Militärregierung hat bis heute immer noch keine Bewilligung hiezu erteilt. Ich ersuche deshalb den Herrn Präsidenten des Regionalausschusses, sich bei den zuständigen Behörden dafür einzusetzen und zu verwenden. Ich bin der Ansicht, daß gerade dieser Moment für einen solchen Schritt sehr günstig wäre und daß nun genügend Gründe gegeben wären, vorausgeschickt, daß auch der gute Wille vorhanden ist.

Den zuständigen Herrn Assessor für das Feuerwehrwesen möchte ich ferner noch ersuchen, so bald als möglich einen Gesetzentwurf einzubringen, mit welchem ein Sonderfonds für Katastropheneinsätze ins Leben gerufen wird. Denn man kan nicht weiterhin verlangen, daß die Gemeinden, die sowieso bis über die Ohren hinaus verschuldet sind, diese großen Auslagen tragen müssen.

Erlauben Sie mir, werte Kolleginnen und Kollegen, abschliessend an Sie alle den dringenden Appell zu richten, mitzuwirken, daß den freiwilligen Feuerwehren jene Spezialgeräte gegeben werden, die sie dringend brauchen. Damit drücken Sie ihnen den besten Dank und die beste Anerkennung aus, denn der Feuerwehrmann trägt nicht seinen freiwilligen Rock, um Ruhm und Ehre zu sammeln, sondern um das Beste für das Volk, das Beste für Hab und Gut der Allgemeinheit zu tun. Um das zu erreichen, setzt er alles ein: Gesundheit, viele unbezahlte Arbeitsstunden und sogar sein eigenes Leben.

Zusammenfassend bin ich der Ansicht, daß die regionalen Mittel absolut unzureichend sind und folglich weitere Mittel bereitgestellt werden müssen. Solche Mittel sind beim Staat

und nicht zuletzt beim ENEL anzufordern. Wesentlich in diesem Zusammenhang erscheint mir dann eine vernünftige Konzentrierung und Koordinierung der Mittel in einer Hand. Am besten sollten diese Mittel den Provinzialverwaltungen zur Verfügung gestellt werden, da mir nur durch diese eine wirkungsvolle Verwendung garantiert erscheint. Danke.

(Onorevole Signor Presidente! Signore e Signori! Prima dell'inizio di questa discussione, dai competenti signori Assessori ci sono state fornite delle relazioni sulla spaventosa calamità provocata dal maltempo ai primi di settembre di quest'anno e ci è stata anche illustrata l'entità dei danni in cifre. Spetta a noi ora adottare i provvedimenti necessari per risarcire il più presto possibile i danni e soccorrere la popolazione colpita.

Tutta la popolazione della Regione guarda in questi giorni ai suoi rappresentanti eletti e si attende da loro una soluzione soddisfacente, per alleviare lo stato di emergenza creatosi. Perciò anche a me si conceda di spendere alcune parole sull'argomento:

Le alluvioni verificatesi nel settembre di quest'anno hanno dimostrato in modo inequivocabile che, in questo settore, i mezzi disponibili, le attrezzature tecniche e l'organizzazione per la lotta contro simili calamità naturali sono stati del tutto insufficienti e che, per il futuro, si devono cercare sistemi più radicali che permettano un intervento intenso e massiccio al primo verificarsi di questi fenomeni. Per sperare in una lotta efficiente, bisogna cominciare a stroncare fin dalla radice lo scatenarsi delle forze elementar della natura. Non appena si offra ad esse temporaneamente l'occasione di scatenarsi, esse assumeranno localmente ed in modo proporzionale alla distanza dal luogo di

origine, proporzioni tali che una lotta potrà conseguire solamente un successo parziale ed escludere quasi ogni possibilità di soluzione totale e completa.

Queset riflessioni portano direttamente al nocciolo odel problema e cioè:

- 1) Sistemazione dei bacini montani nel corso dei torrenti e dei fiumi.*
- 2) Lotta contro le alluvioni nel fondovalle.*

Per quanto riguardo la sistemazione dei bacini montani, è opportuno un investimento intensivo, progressivo e programmato del denaro pubblico, anche perché questo si rivela il metodo migliore e più efficace di lotta, per considerazioni del tutto naturali. A parte questo, l'eliminazione delle cause appare lì più convincente e inoppugnabilmente più opportuna, appunto perché essa viene praticata proprio alla origine del male. La sistemazione dei bacini montani è indispensabile, perché protegge il patrimonio pubblico e perciò elimina in anticipo la necessità di successivi aiuti. La sistemazione dei bacini montani è dunque urgente, perché può essere considerata alla stregua di un anticipo pronto soccorso. Un'intelligente politica di investimenti non inciderebbe in modo rilevante e sensibile sul bilancio nel corso degli anni finanziari di normale amministrazione, e riuscirebbe invece a impedire che il sopraggiungere delle calamità naturali sorprenda impreparata la pubblica amministrazione, scardinando i capitoli di bilancio; ne consegue inevitabilmente un'affannosa ricerca di fondi, non reperibili al momento, o troppo tardi reperibili — vedi la calamità del maltempo del 1960 nella nostra Regione o la calamità del Vajont, — per tacere poi dei fondi usati nel luogo sbagliato, anche se involontariamente; tutte circostanze, per cui poi lo scopo dei progetti viene in ogni caso messo in forse.

Ed ora un breve accenno al secondo problema fondamentale: lotta contro l'elemento acqua nel fondovalle. Qualora la sua violenza sia stata contenuta alle sue origini, gli sviluppi dannosi nel fondovalle si potranno contenere entro una misura sopportabile, alleggerendo così nel fondovalle in modo notevole l'intensità della lotta. Automaticamente si potranno usare i mezzi necessari alla lotta contro le origini del male. Per ciò che riguarda la lotta nel fondovalle dal punto di vista tecnico, si è rilevato senza dubbio, che come al solito la parte preponderante tocca, ed è sempre toccata fino ad ora, ai Corpi dei vigili del fuoco. In considerazione di questo fatto ritengo opportuno e doveroso esprimere in questa discussione il più profondo ringraziamento e tributare il più vivo riconoscimento a tutti gli uomini del Corpo dei vigili del fuoco, che si sono prodigati ininterrottamente per molti giorni. Invito i signori rappresentanti della stampa a rendersi interpreti di questo ringraziamento presso i nostri bravi vigili del fuoco: Inoltre bisognerà constatare che i singoli interventi dei volontari del Corpo sono stati intrapresi tempestivamente e intelligentemente: ciò nonostante è necessario dire che tali interventi hanno fornito una altra prova del fatto, che i Corpi non sono sufficientemente attrezzati per simili interventi straordinari e che perciò è assolutamente necessario dotarli di attrezzature speciali.

Per essere breve, voglio indicare fra queste attrezzature speciali soltanto quelle più importanti, sottolineandone la necessità. Assolutamente urgenti e necessari sarebbero anzitutto i seguenti macchinari e veicoli:

- 1) Veicoli di trasporto squadre, per accorrere velocemente sul posto;
- 2) riflettori per l'impiego notturno;

- 3) apparecchi ricetrasmittenti, per dare più velocemente l'allarme ai vicini Corpi dei vigili del fuoco e per migliorare il coordinamento dell'intervento;
- 4) scavatrici per lo sgombero delle vie di collegamento e di traffico.

È a Loro tutti abbastanza noto, onorevoli colleghi, che i veicoli veloci assumono un ruolo importante in simili casi di calamità. Molto spesso la salvezza di una vita umana, o l'evitare la rottura di un argine sono questione di minuti.

Come seconda urgentissima necessità ho accennato ai riflettori. Sissignori, anch'essi sono straordinariamente importanti e urgenti, perché l'oscurità e la notte sono i peggiori nemici di ogni intervento. Chiunque abbia potuto una volta prendere parte a un intervento notturno dei vigili del fuoco, sa quanto sia difficile condurre un'opera di salvataggio nell'oscurità. Senza la luce i vigili sono impotenti e corrono essi stessi il pericolo di venire travolti e sommersi dalla furia delle acque. Perciò sarebbe molto importante dotare ogni circondario del servizio antincendi di simili apparecchiature luminose.

Per dirigere in modo tempestivo ed efficiente un intervento in caso di calamità, sono inoltre assolutamente necessari gli apparecchi ricetrasmittenti, gli unici che consentano di portare a termine un intervento in condizioni di sicurezza. È molto che i Corpi dei vigili del fuoco hanno fatto richiesta di simili apparecchi ricetrasmittenti, tuttavia il Comando militare non li ha finora consentiti. Invito perciò il Signor Presidente del Governo regionale ad adoperarsi in tal senso presso le competenti autorità. Credo che proprio questo sia il momento favorevole per questo passo e che proprio ora

ci siano i motivi sufficienti, a condizione che ci sia anche la buona volontà.

Vorrei ancora invitare l'Assessore competente per il servizio antincendi a presentare il più presto possibile un disegno di legge che istituisca un fondo speciale per gli interventi dovuti a calamità. Infatti non si può continuare a pretendere che i comuni, già indebitati fino al collo, debbano sopportare l'onere di queste ingenti spese.

Onorevoli colleghi, mi sia consentito di rivolgere Loro infine un pressante appello a dare il Loro contributo, affinché i Corpi volontari dei vigili del fuoco vengano dotati di quelle attrezzature speciali, di cui essi hanno urgente bisogno. Con questo Lorsignori esprimeranno il migliore ringraziamento e il migliore riconoscimento, perché il vigile del fuoco non porta la sua divisa volontaria per raccogliere gloria e onori, ma per contribuire alla tutela della popolazione, alla tutela del patrimonio della collettività. Per conseguire questo egli mette in gioco tutto: la sua salute, molte ore di lavoro gratuito e perfino la sua stessa vita.

In conclusione, credo che i fondi della Regione siano insufficienti e che se ne debbano reperire altri, che bisogna richiedere allo Stato e non da ultimo anche all'ENEL. A questo proposito mi sembra essenziale concentrare e coordinare intelligentemente i fondi in un solo ente. Preferibilmente questi fondi dovrebbero essere messi a disposizione delle amministrazioni provinciali, perché solamente attraverso di esse mi sembra garantita la massima efficienza nel loro uso. Grazie.)

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, forse quando il Consiglio, su sua richiesta, ha deliberato di voler discutere contemporaneamente questo disegno di legge e la mozione presentata, intendeva in questo modo affrontare il tema amplissimo sotto ogni punto di vista, ma specialmente dal punto di vista tecnico, di quelli che sono stati i danni portati dalle recenti alluvioni e di quello che possiamo cercare di fare per riparare tali danni e per cercare di evitare che nel futuro accadano, o per lo meno che accadano nel modo più ridotto possibile; quando, dicevo, il Consiglio ha deliberato di discutere assieme questi due temi, e anch'io ho dato il mio assenso a questa proposta, non abbiamo tenuto presente che si arrischiava di concentrare inevitabilmente, nel momento in cui si fa la discussione generale sul disegno di legge, la nostra attenzione più su un particolare — e un particolare molto ridotto, come verrò dicendo — piuttosto che su tutto il tema generale. Perché è vero che ci troviamo di fronte a due temi che non sono diversi, ma sono due temi, questi del disegno di legge e questo della mozione presentata, dei quali uno è più esteso e completo — ed è la mozione — e un altro invece, pur essendo più concreto, è però molto ma molto più particolare e molto più ridotto. Sono due temi, in sostanza, che si sovrappongono e uno dei quali riassorbe l'altro. C'era anche forse da tener presente questo: che la legge, il disegno di legge che noi stiamo discutendo, abbinato alla mozione, era una legge che non aveva una sua propria finalizzazione, resasi necessaria per le recenti alluvioni; era una legge ordinaria di rifinanziamento di un'altra legge ordinaria, del 1. settembre 1962, n. 19, che all'ultimo momento, in sede di commissione, si è cercato di adeguare, per quello che era possibile e per la parte minima degli stanziamenti che essa prevede, si è voluto cer-

care di adeguare alle nuove necessità, create dagli avvenimenti alluvionali degli inizi di settembre. E ciò risulta, evidentemente, con chiara evidenza, dal fatto che la legge è nel suo complesso di materia ordinaria, e persegue intenti e interventi che erano già stati predisposti nel passato, per situazioni normali. Perciò mi pare di poter dire ancora una volta, che voler dare a un disegno di legge di questo tipo e così congegnato, e così limitato negli stanziamenti, un carattere di intervento per riparare i danni alluvionali, sia un po' quello stesso errore che abbiamo visto fare dall'on. Giunta, quando ha proposto altri disegni di legge, che ha voluto chiamare disegni di legge anticongiunturali, mentre anticongiunturali non lo erano per niente, perché erano disegni di legge più o meno normali, come tutti gli altri. Infatti a questo disegno di legge, che riguarda situazioni normali, è stato aggiunto, come un modesto rimedio per le situazioni eccezionali create dalle alluvioni, il comma aggiuntivo dell'art. 1, che era stato preannunciato, in sede di commissione, dall'on. assessore all'agricoltura, e che poi, attraverso la discussione stessa di commissione, si è concretato in quel disposto che si propone di aggiungere all'art. 1. D'altro canto, la stessa commissione ha dovuto constatare che pur apprezzando, in linea di principio, l'azione opportuna svolta dal competente assessorato, chiede l'estensione dell'intervento regionale a favore dei colpiti dalle alluvioni, non inclusi nei consorzi di bonifica. Ci sembra, d'altro canto, che questo disegno di legge cada in due contraddizioni: una prima contraddizione si deve evincere, a mio avviso, dalle motivazioni che l'on. Presidente della Giunta ha usato nelle ultime sedute del Consiglio, per respingere i nostri emendamenti proposti al disegno di legge n. 29, e tendenti, come ognuno ricorda, a rendere disponibili, per riparare i danni delle alluvioni,

alcune somme e contributi ai comuni per il finanziamento di cantieri scuola, per contributi in conto capitale ai comuni sulla legge n. 3 per lavori pubblici, e infine per opere di sistemazione idraulico-forestale, per i bacini montani. L'on. Presidente della Giunta regionale ha allora tenacemente respinto tali nostre proposte, arrogando il fatto che così facendo si sarebbe compromesso, con danno della Regione, l'intervento statale, se noi fossimo andati a coprire, con un qualche intervento, dei settori che avrebbero potuto essere coperti più largamente dal provvedimento o dal complesso di provvedimenti dello Stato, per indennizzo o riparazione dei danni alluvionali. Non eravamo rimasti convinti di questa motivazione addotta dall'on. Presidente della Giunta allora, ma se convinto ne era veramente il Presidente della Giunta, dovrebbe essere parimenti convinto ora che la stessa considerazione vale identica per questo disegno di legge e per questi interventi proposti col disegno di legge stesso. Perché anche questi pochi milioni, che potranno essere resi disponibili — pochi milioni, come verrò dimostrando subito — vengono anch'essi a coprire un settore di riparazione, di ripristino di opere, riparazione di danni e ripristino di opere, che potrebbe entrare in quel settore che dovrebbe essere coperto dal provvedimento o dal complesso di provvedimenti statali.

La seconda contraddizione — mi pare che questa sia al di là di ogni polemica, molto più grave e molto più sostanziale — è quella interna al disegno di legge stesso: esso si propone di intervenire con 30 milioni per l'esercizio finanziario 1965, 100 milioni con l'esercizio finanziario 1966 e seguenti, fino all'anno 1969, per dare dei contributi secondo le norme della legge che si rifinanzia, 1. settembre 1962, n. 19. Ora è evidente che, poiché non si può bere

due volte lo stesso bicchiere d'acqua e spendere due volte e per lo stesso scopo e contemporaneamente le stesse cento lire, accade in sostanza questo, con il congegno così formulato, frettolosamente, all'ultimo momento dalla Giunta regionale: che bisogna scegliere una delle due ipotesi. Non si può contemporaneamente proseguire in quell'opera normale di estensione delle opere di bonifica, che era l'intento preminente della legge stessa, e contemporaneamente avere a disposizione gli stessi mezzi, senza nessun aumento ulteriore, per fare questi interventi eccezionali, diciamo così, su quei terreni che sono stati colpiti dalle conseguenze della alluvione del settembre 1965. Infatti, anche questo emendamento che è stato presentato — e che noi lo riconosciamo, almeno rappresenta un atto di buona volontà, ma non ha molta concretezza — prevede che la Regione possa assumere a suo totale carico le spese per gli interventi resisi necessari per il rapido smaltimento delle acque e del materiale alluvionale, e per il ripristino dei terreni e delle opere pubbliche di bonifica danneggiate dalle alluvioni, nei limiti degli stanziamenti previsti dalla presente legge. E allora, mi pare che la domanda possa essere legittima: che cosa intende fare, signor assessore, con 30 milioni a disposizione nell'esercizio 1965, con 100 milioni a disposizione nell'esercizio 1966, fino all'anno 1969? Che cosa intende fare? Che opera crede di poter fare, di efficace intervento, a favore di questi terreni, compresi, inseriti nei comprensori di bonifica, che sono stati danneggiati dalle alluvioni? Un'opera evidentemente molto scarsa, molto ridotta, direi quasi insignificante, rispetto a quelle che sono le necessità; e comunque, quest'opera, per piccola che sia, che potrà fare a favore dei terreni danneggiati dalle alluvioni, andrà, evidentemente, a scapito di quell'altro fine, che era il fine premi-

nente con cui il disegno di legge era stato predisposto: quello di proseguire nella opera di bonifica ordinaria e normale. Ecco perché ci sembra di poter dire che forse, sia pure essendo utile la discussione generale su questo problema creato dalle alluvioni, valga la pena di arrivare fino in fondo, rapidamente, con la discussione del disegno di legge, approvare questo disegno di legge, perché, credo, otterrà indubbiamente la maggioranza, i consensi del Consiglio, approvare questo disegno di legge, ma essere convinti, signor assessore, che con questo intervento non abbiamo fatto niente, in sostanza. Ecco, con questo intervento, proprio, non abbiamo fatto niente per rimediare o per medicare, anche in piccolo modo, le ferite lasciate dalle alluvioni, nel settore della agricoltura. E poi faccio mia la osservazione che ha fatto l'on. Presidente della Giunta, nel momento in cui respingeva, così tenacemente, tutti gli emendamenti da noi proposti: se sono vere quelle preoccupazioni espresse allora, cerchiamo di tenerle presenti anche adesso.

Vale la pena veramente che noi buttiamo dentro qualche milione in questo settore, per poi magari — io seguo sempre il ragionamento del Presidente della Giunta — poi magari vedere che quello che noi abbiamo fatto, di nostra buona volontà, va a finire a scapito, perché queste opere saranno già state considerate ripristinate o ci sarà considerato un intervento fatto per queste opere, e ci vedremo decurtare quei pochi milioni o tanti — io spero siano tanti — che potranno venire alla nostra regione, dal provvedimento o dal complesso di provvedimenti dello Stato? È una domanda che dobbiamo porci, se vogliamo prendere con serietà le parole pronunciate dall'on. Presidente della Giunta. Questa domanda dobbiamo, evidentemente, porcela. Su questo disegno di leg-

ge io non mi soffermerei ulteriormente, perché ridimensionato, così, senza scopo polemico — ma tanto perché si sappia con esattezza di che cosa si tratta — ridimensionato nelle sue finalità, nelle sue capacità, constatato che un vero e proprio intervento a favore dei terreni alluvionati, compresi nei comprensori di bonifica, con questo disegno di legge, non sarà possibile fare, se non in una forma ridotta e scarsissima, diciamoci: ben vengano anche questi pochi milioni che possono essere messi a disposizione, approviamo il disegno di legge e chiudiamo questo argomento. Invece, estremamente più grave è l'argomento di natura generale, che non dobbiam perdere di vista: non dobbiamo lasciarci allontanare dalla considerazione del quadro — purtroppo disastroso e doloroso — del quadro generale e complesso dei danni portati dalle alluvioni nelle due province di Trento e di Bolzano. E qui siamo in presenza di una serie di proposte; qui le cose non interessano più soltanto l'assessore all'agricoltura, ma interessano la Giunta intera. Siamo in presenza di una serie di proposte, che vanno da quelle contenute nella mozione presentata dai colleghi de Carneri, Gouthier, Pruner, Sembenotti, mi pare, che è abbinata alla trattazione di questo disegno di legge, alle altre proposte che sono venute da organi non politici, ma più direttamente operanti nel settore, come il Consiglio provinciale dell'agricoltura, come l'Unione degli agricoltori, come altre proposte, che sono emerse direttamente dai settori interessati. La prima questione che mi pare di dover porre, è questa: noi abbiamo sentito una serie di relazioni, anche accurate, presentate dall'assessorato regionale all'economia montana e foreste. Evidentemente queste alluvioni non hanno avuto lo stesso carattere delle alluvioni dell'anno 1960; hanno avuto un carattere notevolmente diverso. Anche nell'anno 1960 c'erano

stati i danni maggiori nel settore dell'agricoltura e danni minori nel settore della industria, nel settore del turismo, e anche nel settore dell'artigianato. Quest'anno — non so se devo dire per fortuna o per disgrazia — è stato quasi esclusivamente colpito il settore dell'agricoltura, e meno gravemente colpito il settore dell'industria, benché in provincia di Bolzano mi si dica che qualche danno anche questo settore ha riportato; in provincia di Trento meno ancora: scarsi sono stati i danni agli impianti, alle attrezzature turistico-alberghiere, e fino a qualche giorno fa, sembrava anche a me dalle relazioni avute, che scarsi fossero stati i danni nel settore dell'artigianato. Ma lei avrà visto, i signori della Giunta avranno visto che proprio in questi giorni c'è stata anche qui una messa a punto, venuta attraverso la pubblicazione di notizie sulla stampa, che anche il settore dello artigianato indenne da danni non è uscito. Ora si impone qui una prima considerazione: noi tutti quanti ricordiamo che nell'anno 1960, quando abbiamo avuto le altre alluvioni, si è provveduto, proprio agli inizi del 1961, con una legge — della quale parlerò poi, criticandola anche se ne ero corresponsabile, criticandola perché negli effetti si è visto poi che non ha dato quei vantaggi che si speravano — una legge che prevedeva degli interventi per l'agricoltura, per l'industria, per il turismo, in parte anche per le aziende commerciali, e non prevedeva invece alcun intervento a favore dell'artigianato. Anzi si sono avute notevoli polemiche, sia in Consiglio regionale, sia in Consiglio provinciale di Trento, perché si era detto: l'artigianato non è competenza della Regione, è competenza della Provincia, e deve pensare a questo settore la Provincia.

La realtà è stata questa: tutti quanti noi ricordiamo che, nonostante le dichiarazioni che

sono state fatte qui, si è detto: no, noi come Provincia di Trento una legge *ad hoc*, per riparare i danni alluvionali al settore dell'artigianato, non vogliamo farla; intenderemo provvedere in altro modo. Il settore di fatto è rimasto scoperto. Ora io dico: fra tutte queste intese e questa buona armonia, che si dice viva da poco tempo a questa parte tra Regione e Province, mi pare che, poiché i danni sono stati causati da un unico e uniforme evento, mi pare che si dovrebbero prendere contatti fra Regione e Province, perché nello stesso momento in cui si predispongono interventi a favore del settore dell'agricoltura, industria e turismo, non si dimentichi, per questa ripartizione diversa delle competenze, anche il settore dell'artigianato. Ciò premesso, mi pare di dire che alle relazioni che sono state presentate dall'on. assessore all'agricoltura e dall'on. assessore all'economia montana e foreste, a queste relazioni manca una parte, e manca una parte che non poteva mancare; manca, in sostanza, la parte tecnica, la parte della indicazione delle scelte di natura tecnica, che occorrerà fare, non tanto per riparare i danni del passato, ma per cercare di arginare eventuali avvenimenti calamitosi ed eventi calamitosi del futuro. Manca una parte tecnica, la quale però non è mancata nei vari interventi, perché qui si è sentito parlare di dragaggio del fiume Adige, si è sentito proporre invece la tesi di innalzare gli argini del fiume Adige, si è sentito dire: ma dobbiamo prima concentrare i nostri sforzi sulle sistemazioni idraulico-forestali dei bacini montani, e in questo modo medicheremo anche la pericolosità del corso dell'Adige, del corso medio o verso valle. Ma tutte queste discussioni del signor assessore, mi pare che il nostro Consiglio regionale sia facoltizzato e autorizzato a introdurre, ma non possa assolutamente, anche fossimo una assemblea di 52 ingegneri

idraulici, non possa presumere di risolverle attraverso una pubblica discussione, che deve, fra il resto, essere contenuta in limiti di tempo, e che non ha mai quella validità di meditazione, che possono dare invece gli studi fatti direttamente a tavolino o sul terreno. Perciò io credo che per quanto ci sforzeremo di fare e di deliberare, le nostre discussioni e le nostre considerazioni, il nostro giudizio resterà sempre inevitabilmente monco, perché non spetta evidentemente a noi, consiglieri regionali — sarebbe una presunzione sciocca e stupida — non spetta a noi consiglieri regionali poter indicare quali sono i mezzi tecnici, che è meglio mettere in atto nel futuro, per impedire o per limitare il più possibile i danni delle alluvioni. Per cui io faccio una proposta concreta, signor Assessore: se le cose andranno in questo modo qui, e non potranno che andare così, noi approveremo questo disegno di legge, sentiremo una serie di dichiarazioni tranquillanti della Giunta, dichiarazioni tranquillanti alle quali speriamo che seguano poi i fatti nella realtà, accoglieremo la mozione presentata dagli altri colleghi, la approveremo, la modificheremo, ma più in là di questo noi non potremo andare, perché ci mancano in questo momento alcuni elementi essenziali, per poter fare qualsiasi deliberazione o per assumere coscientemente e meditatamente un qualsiasi indirizzo. Primo: manca ancora — e qui bisognerebbe veramente che la Giunta si sbottonasse un po' di più di quello che ha fatto fino a questo momento — manca ancora la scienza, la conoscenza di quali saranno i provvedimenti dello Stato, e quale parte di mezzi lo Stato indicherà qui e avvierà qui alla regione Trentino-Alto Adige; elemento di primaria importanza, per avere un quadro completo e sicuro, dinanzi. Secondo: manca ancora uno studio di natura tecnica, che nessuno di noi può presumere di fare o di sapere, uno stu-

dio di natura tecnica per indicare quali saranno negli anni venturi gli indirizzi che la Regione sceglierà e che cercherà di far scegliere anche allo Stato, per intervenire, in modo tale da creare delle opere per la regolamentazione dei corsi d'acqua, di dragaggio, come si dice, benché — devo dire la verità — l'idea del dragaggio dell'Adige direi che è l'*optimum*, ma impiegherebbe tanto di quel tempo e tanti di quei milioni, e centinaia di milioni, che mi pare che si possa forse indicare come lo scopo migliore che si potrebbe raggiungere, ma contemporaneamente avere anche un po' di scetticismo sulla possibilità di poter raggiungere questo scopo stesso. Poi mi permetterò anch'io, con quella scienza riflessa, non mia di certo, di indicare forse qualche altra soluzione intermedia, ma senza pretendere naturalmente che questo sia il toccasana, o che possa essere la verità assoluta. Manca, dicevo, anche questo studio tecnico, e perciò direi che nelle more di tempo che passeranno indubbiamente tra la conclusione di questa discussione in sede di Consiglio regionale, che non andrà più in là dall'aver approvato la legge e dall'aver espresso la buona volontà di intervento della Giunta, e un altro periodo, un altro momento — speriamo il più possibile vicino — in cui qualche cosa si delibererà di concreto, la Giunta regionale, visto che ha sentito anche in questa legge la necessità di predisporre una rilevante somma — 20 milioni mi pare — per far elaborare degli studi per le opere di bonifica, faccia uno sforzo; ne ha fatti tanti, e tanti che sono, fra il resto, non andati tutti a buon fine, faccia uno sforzo ancora: nomini veramente un collegio di ingegneri idraulici, ma di chiarissima fama, — andiamo a prenderli in qualsiasi parte del mondo, se non ne abbiamo qui in Italia, ma credo che anche in Italia ce ne siano di degni di fede e di fiducia, — e ponga ad essi un problema fonda-

mentale, che non può essere che questo: vista la situazione oroidrografica della nostra regione, visto che questi che sono chiamati avvenimenti eccezionali diventano sempre meno eccezionali, perché hanno una intensificazione di tempo che è paurosa — poi darò qualche dato, se ci sarà bisogno di convincerci, — nomini questa commissione di ingegneri idraulici, con il compito preciso di sentire dalla loro scienza che cosa suggeriscono, che cosa possa essere fatto nel futuro, perché noi siamo uomini politici, versatili, tutto quello che volete voi, ma non credo che sia nostro compito venir qui a discutere se l'Adige va dragato o se invece devono essere alzati gli argini dell'Adige stesso. A naso potremo dire: una di queste soluzioni ha questi vantaggi e questi svantaggi; l'altra soluzione presenta invece dei vantaggi opposti e degli svantaggi opposti, ma più in là del naso, noi non possiamo evidentemente presumere di andare. Solo se questo lavoro verrà predisposto con cura, con volontà e tempestivamente, solo in questo modo noi potremmo sperare di creare un quadro di conoscenze completo e contemporaneamente potremmo predisporre per il futuro gli interventi necessari. A questo proposito, vorrei che finissimo di parlare di avvenimenti eccezionali. Purtroppo le alluvioni, in questi ultimi anni, non possono più essere definite avvenimenti eccezionali: ce ne convince la stessa tabella delle precipitazioni medie in Italia. Se pensiamo che nell'anno 1949 era di 950 mm., nel 1951 era già salita a 1100 mm.; ha superato i 950 del '49 per tutti gli anni successivi; a distanza di dieci anni, nel '59 abbiamo avuto 1066 mm. di precipitazioni medie sul territorio nazionale; nell'anno 1960, 1260 mm.; nel 1961, 968 mm., anche questi superiori alla media; nel 1963, 1150 mm.; nell'anno 1964, 1000 mm.; nell'anno 1965 i dati non sono ancora conosciuti, ma sicuramente abbia-

mo sopra i 1150 del '63 e sfioreremo, probabilmente, i 1260 dell'anno 1960. Così, come si vede dal prospetto che comprende un arco di 16 anni, la media delle precipitazioni in Italia era, fino al 1959, di circa 950 mm., con delle punte di anni di eccezionale piovosità, come il 1951, che superavano di poco il metro; tali medie invece, che erano più o meno quelle di tutto il secolo, a partire dall'anno 1959, si spostano bruscamente sopra i 1000 mm., con punte intorno ai 1200 e ai 1300 ma quello che più importa, con queste punte che sono sempre più ravvicinate nel tempo. Perciò illudersi con il ragionamento del Bertoldo, che siccome ormai ci sono state due annate di alluvioni, probabilmente, per il calcolo delle probabilità, gli anni venturi saranno invece anni tranquilli, non si può. Io non voglio immettermi in altri particolari di questa relazione, ma è certo che le condizioni climatiche e le precipitazioni atmosferiche stanno mutando radicalmente in tutta Europa, e in conseguenza anche in Italia, e noi dobbiamo avere la coscienza che questi che chiamiamo avvenimenti eccezionali...

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): Potremmo cambiare lo slogan sul paese del sole, allora.

CORSINI (P.L.I.): Be', mi dispiace per l'assessore al turismo, ma insomma, cosa vuole che le dica, quelli sono i dati statistici. E dovremmo, dico, considerare che questi eventi eccezionali potranno essere sempre meno eccezionali e sempre più ravvicinati nel tempo. Questo ci porta alla conseguenza che oggi, dinanzi ai nostri occhi, devono stare due problemi: il primo è quello di come intervenire, in aiuto

degli individui, delle persone, delle aziende colpite; non soltanto un indennizzo che vada, diciamo così, a coprire i danni, ma anche — questo è un concetto della vecchia legge del '61, che mi pare che possa essere ancora tenuto valido — un indennizzo che possa rimettere in carreggiata e in produttività l'azienda stessa. E questo è un problema. Ma l'altro problema fondamentale è proprio quello di tener conto che noi dobbiamo, in un certo modo, attrezzare la nostra regione per resistere a queste precipitazioni atmosferiche, meglio di quanto sia stato fatto fino adesso. Io non condivido — debbo dire sinceramente — una parte della mozione presentata dai colleghi Gouthier, de Carneri, Pruner e Sembenotti, là dove si dice che la Regione è intervenuta poco nel passato, poco rispetto a quelle che erano le necessità e sono necessità che sono quasi infinite; ma poco in cifre assolute, non direi, se appena appena facciamo la considerazione che tutti i nostri bilanci regionali sono sempre stati gravati, e anche le variazioni di bilancio - e l'abbiamo visto anche le ultime volte - sono sempre stati gravati da tangenti piuttosto robuste, che si disponevano come stanziamenti per intervento nei bacini montani.

Poco, rispetto a quelle che erano le necessità e a quelle che sono le necessità ancora. È certo che da soli, un'opera di questo tipo non potremmo assolutamente avere la speranza di farla con le nostre forze, e che dovrà essere invocato, piuttosto con forza e perentoriamente, l'intervento dello Stato, vuoi su provvedimenti eccezionali, vuoi su quelli che sono gli interventi normali nel settore del controllo e della regolamentazione dei corsi d'acqua. Qui dire che sarebbe utile appunto insistere, perché il fiume Adige passasse di categoria, in modo che le opere che si devono fare fossero

a totale carico dello Stato, mi pare che sia sfondare una porta aperta, dal punto di vista della volontà. Credo che sia una indicazione che ci è venuta proprio dai tecnici e che è stata ripresa in alcune richieste, anche formalmente avanzate, un'indicazione che va indubbiamente accettata; il fatto è che abbiamo di fronte lo Stato, il quale cercherà di difendersi anch'esso da richieste che importano un aggravio del suo bilancio. Problema di natura tecnica: alzare gli argini o dragare l'Adige. Ripeto, è evidente che la soluzione migliore sarebbe proprio quella del dragaggio, perché abbiamo avuto occasione di vedere che i danni maggiori in queste alluvioni li abbiamo avuti proprio lì dove il fiume Adige era ormai diventato pensile praticamente vicino alla zona di rottura, tra Mezzocorona e Salorno, in parte anche vicino al ponte di San Michele all'Adige e alla località abitata di Grumo; e non è da dimenticarsi che la città di Trento ha corso un serio pericolo il 2 di settembre, che è stata la giornata di maggiore piena; ha corso un serio pericolo, e questo serio pericolo veniva proprio anche qui dal fatto che a forza di alzare gli argini e lasciare che il letto si inghiai, aumenti, il fiume diventa pensile e quando tracima, naturalmente, invade molto più facilmente i terreni o le abitazioni, le vie d'abitazione circostanti. Io ripeto: con estrema modestia, solo per apportare un contributo a quelle che possono essere le soluzioni, vorrei far presente, nel caso in cui la Regione entrasse in questo ordine di idee di creare questa commissione di tecnici di alta qualità e di alta statura per esaminare questo problema, vorrei far presente che, specialmente nel mondo germanico — e ripeto: con molta modestia, non è scienza mia, ma scienza acquisita — nel mondo germanico si usa, per fiumi che hanno le stesse caratteristiche del fiume Adige, un altro sistema: quello dei pennelli.

Penso al fiume Elba — è un fiume di pianura, d'accordo — che ha all'incirca, disposto ai lati del corso, 6000 pennelli, 6000 muri costruiti, che entrano nel letto del fiume e che hanno dato — è constatato anche dalla scienza idraulica — hanno dato come risultanza di stringere, anche nel periodo di magra, il letto di corsa delle acque, in modo tale che sono le acque stesse che sono costrette a escavare il letto, sia in tempi normali, sia in tempi di morbida non eccezionale. Quando si tratta di piene, questi pennelli vengono sommersi e in genere non costituiscono un ostacolo al deflusso delle acque stesse. È un altro sistema, che potrebbe essere tenuto presente e suggerito, e che avrebbe indubbiamente, se applicabile, come alcuni tecnici affermano, anche al fiume Adige, potrebbe avere, se non altro, il vantaggio di costare molto ma molto meno. Debbo poi, sempre dal punto di vista tecnico, far presente che lo stato delle golene del fiume Adige è tutt'altro che confortante. C'è una vecchia disposizione di legge, che non so per quale motivo qui sia stata lasciare cadere o non più applicata — o per lo meno, nei paesi che ne sono stati colpiti, il motivo si indica, ma non posso ripeterlo qui, — una vecchia disposizione di legge, che impone che le golene siano tenute sgombre da alberi, da pioppeti, per esempio, signor assessore — lei forse capisce — che siano tenute sgombre da alberi, da pioppeti, da cespugli, da tutto ciò, in sostanza, che può ostacolare, rallentare il deflusso delle acque, aumentando in questo modo, a monte, l'onda di piena. Ora qui dovrei proprio parlare con l'assessore, e oltre che con l'assessore all'agricoltura anche con la Giunta intera, perché siete un po' responsabili tutti di questa situazione. Andatevi a vedere le golene del fiume Adige, specialmente nel tratto fra Salorno e Trento, e voi noterete, come hanno notato con scandalo gli

abitanti della zona, i quali mi hanno fatto vedere le bollette delle multe che avevano preso nel passato, perché sulle golene del fiume Adige avevano lasciato crescere qualche cespuglio, noterete che queste golene del fiume Adige, strette per di più come sono, che non hanno di certo l'ampiezza di quelle del Po', sono coperte di vegetazione arbustosa, e addirittura, *incredibile dictu*, — lasciatemi che lo dica — sono coperte da coltivazioni di pioppeti. Adesso si dice: be', tanto questi pioppeti sono arrivati a maturazione, l'affare è fatto e possiamo tagliarli. Meglio se fossero stati tagliati prima, meglio addirittura se non fossero stati messi a dimora; meglio se si interverrà per far rispettare questa disposizione di legge che vuole che le golene dei fiumi siano completamente libere e completamente sgombre. Ecco un altro tema che deve essere indicato e meditato. Ovviamente noi non possiamo essere che dei rapsodi in questa materia qui e degli orecchianti, ed ecco perché c'è assoluto bisogno che la Regione affronti il problema pieno e completo e generale dello stato dei corsi d'acqua nel suo territorio, sia dei torrenti, sia dei bacini montani, come del resto sta affrontando da tempo, sia anche, particolarmente, del fiume centrale che ne costituisce l'asta, del fiume Adige. Per quanto riguarda gli interventi per medicare, diciamo così, le ferite che sono state inferte dalle alluvioni alla economia e alle popolazioni della nostra regione, è inutile che io esprima il parere del nostro gruppo, che cioè, siamo d'accordo negli interventi, nella maggior somma possibile, pur rendendoci conto che i mezzi sono quelli che sono, sono limitati. Vorrei una cosa però che non accadesse più: vorrei che a forza di parlarne qui in Consiglio regionale, a forza di gabellare, sia pure anche per un desiderio che è abbastanza comprensibile, per leggi che possono intervenire a medicare i danni, leggi co-

me queste che ci sono presentate, che sono completamente normali, a forza di dire: faremo, faremo, faremo, non si crei nelle popolazioni colpite una aspettativa, che indubbiamente dovrà essere delusa in parte, perché mezzi per provvedere a tutto non ne avremo, e che magari non dovesse essere delusa anche per quanto riguarda il correre del tempo. Perché se debbo fare una critica, che del resto ho già fatta — e allora mi si è detto che la facevo perché ero in periodo elettorale; adesso in periodo elettorale non siamo più, dunque la accetterete, con molta sincerità — se devo fare una critica a quella legge per interventi per i danni delle alluvioni, elaborata nell'anno 1961, è che ha operato con una lentezza esasperante. Lei adesso, signor assessore, si trova al posto di comando, nel settore dell'agricoltura: veda, controlli, venga qui a smentirmi se per caso ho detto una bugia, veda se è vero o non è vero che la liquidazione di quelle misere somme che potevano essere date agli alluvionati dell'anno 1960, per il settore dell'agricoltura, è intervenuta fra la fine del '63 e la metà del '64. Dunque, evidentemente, una legge, un congegno di legge, che consente cose di questo genere, bisogna dire che deve essere riformato, proprio *ab imis*, nella sostanza, fin da principio.

Quel disegno di legge prevedeva degli interventi diretti, in aiuto, in sussidio, in contributi per il ripristino delle aziende agricole, per il ripristino delle piccole e medie industrie, per il ripristino degli alberghi, delle attrezzature alberghiere complementari, e anche se allora si era fatto uno sforzo che sembrava eccezionale — mi pare che si trattasse di 250 milioni messi a disposizione di tutta la Regione — si è avuta la netta impressione che questi interventi diretti debbono essere considerati interventi marginali. Lo capisco che da un punto di vista psi-

cologico può far piacere a chi riceve, e può far piacere ed essere utile anche a chi dà, ma siccome le somme sono così esigue, sono così piccole, così sproporzionate e insufficienti alle necessità e ai danni patiti, sono interventi che a mio avviso possono essere considerati sì da farsi, forse da farsi comunque in un modo diverso da come si sono fatti, ma interventi di natura marginale. Ed ecco anche questo un altro motivo per cui non sono completamente consenziente con la mozione Gouthier, de Carneri, Pruner, Sembenotti, che invoca interventi di questo tipo. Gli organi dirigenti delle unioni, delle associazioni dell'agricoltura, ci hanno indicato che essi ritengono come preminenti e come più utili, interventi indiretti a sgravio. Naturalmente per questi noi possiamo fare poco, perché la Regione non ha facoltà in tali materie. Credo di aver visto, da quel poco che si conosce di questi provvedimenti dello Stato, che molte di queste richieste di interventi a sgravio, siano in parte state anche accettate ed accolte: moratoria, per esempio, di due o tre anni, aumento — questo lo raccomanderei — dei prestiti di conduzione, sperando quel massimo, che mi pare sia, fra il resto, molto minimo — adesso non voglio far perder tempo a cercare i dati che ho qui, — aumento dei prestiti di conduzione, tenuto conto anche che viene a mancare la possibilità di vendita del prodotto e che perciò bisogna ricominciare, in sostanza, quasi da zero. Questi interventi indiretti io li considero più concreti, più validi di quello che può essere l'intervento diretto della Regione nel creare un'altra legge a favore degli alluvionati, che dia qualche soldino a X, a Y, e che, ripeto, sono sempre in misura tale da non essere determinanti, se non raramente, in qualche caso, ma non nella generalità. Ecco, signor Presidente, io ho esposto quelle che sono alcune considerazioni; certo il tema potrà

essere allargato sul piano dell'indirizzo politico di codesta Giunta, nei vari settori dell'economia, e particolarmente l'indirizzo che risulta dal bilancio, nel momento in cui esamineremo altri disegni di legge che prevedono degli interventi, e questi sì, dico bene, piuttosto massicci, per alcuni casi particolari, e naturalmente la previsione di tali interventi ci tarpa un po' le possibilità e anche le ali della volontà per intervenire nel settore dell'agricoltura a medicare le ferite delle alluvioni. È un tema che riprenderemo. Aggiungo, signori della Giunta, che siamo oggi al 21 ottobre; che le alluvioni sono avvenute l'1, il 2, il 3 di settembre; sono due mesi, due mesi che si possono tollerare, ma che diventerebbero intollerabili se si dovesse andare avanti con delle assicurazioni, con delle dichiarazioni tranquillanti e via dicendo, e non si venisse mai al sodo di qualche cosa. Con questa speranza, con l'augurio che la Giunta possa, anche nelle sue relazioni con il Governo, trovare il modo di intervenire e di intervenire sollecitamente, o per lo meno di avere subito le basi di certezza che lo Stato interverrà in misura maggiore della nostra, io non posso far altro che affermare che le popolazioni attendono, che ci sono certe zone che sono state gravissimamente ferite nella loro economia, con estrema difficoltà di ricupero, con nessuna possibilità di ricupero, se non avranno l'aiuto dell'ente pubblico, e che pertanto, di fronte a questa calamità, bisogna assolutamente che si intervenga. Una sola cosa dite al Governo, quando tratterete: che noi stiamo ancora pagando l'addizionale per le alluvioni della Calabria, che sono avvenute, mi pare, nell'anno 1954, e che questo senso di solidarietà nazionale ce lo aspettiamo anche noi della regione Trentino-Alto Adige, ce lo aspettiamo, perché veramente i danni, come voi stessi avete documentato, sono stati gravi e hanno creato anche con la ero-

sione di queste opere di difesa, la possibilità di danni ancora maggiori nel futuro, e che pertanto ci attendiamo questo senso di solidarietà nazionale, che abbiamo continuato a dare anche noi per gli alluvionati della Calabria.

PRESIDENTE: La parola al cons. Martinelli.

MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, il disegno di legge che si sta discutendo, ha offerto l'occasione praticamente a tutti gli intervenuti finora, di fare un ampio panorama sui danni sofferti dalla nostra regione, in occasione delle alluvioni che abbiamo avuto nei primi di settembre. Abbiamo pur sentito su questo tema, oltre che i consiglieri, abbiamo sentite le relazioni degli assessori regionali all'agricoltura, alle foreste e ai lavori pubblici, che ci hanno appunto fatto il quadro dei danni notevoli. D'altra parte la risonanza che queste alluvioni hanno avuto anche nella stampa nazionale, il riconoscimento stesso che è stato fatto in sede romana, della calamità che ha colpito il Trentino, ci ha fatto arrivare al triste primato di essere i primi nella nazione colpita anche in altre parti. È un fatto concreto, un fatto reale. Questi danni hanno giustamente preoccupato il Consiglio, hanno giustamente preoccupato i consiglieri, che ancora in sede di commissione hanno manifestato il desiderio che la Giunta provvedesse. D'altra parte dobbiamo dire che anche la Giunta ha manifestato la buona volontà, predisponendo subito, con quelli che erano gli strumenti disponibili, la legge in corso, per vedere di adattarla agli interventi urgenti; intervento che, è stato detto, giustamente, si riduce solamente alle zone di bonifica, ai comprensori di

bonifica, mentre le alluvioni hanno colpito anche gli altri comprensori, hanno colpito anche altre zone. In verità i danni maggiori, comunque, sono stati proprio, per coincidenza, sono stati gravi in queste zone interessate al disegno di legge, per le quali il disegno di legge era stato predisposto, non logicamente per ovviare ai danni dell'alluvione, perché la sua prima causa, il suo orientamento principale era quello di provvedere a dei miglioramenti di fondo di queste zone, che sono, fra il resto, anche le zone più fertili per la nostra agricoltura regionale. I dieci miliardi, comunque, di danni che sono stati denunciati come danni diretti, sono senz'altro superati notevolmente dalle cifre, per quella che può essere — e non è stata valutata — la portata indiretta che ha colpito le aziende, e agricole e artigianali e della piccola industria, coinvolte direttamente o indirettamente da questo cataclisma. La solidarietà che è stata manifestata, e che è doveroso manifestare in questa sede, ai colpiti, sia colpiti nei loro beni, come colpiti anche qualche volta nei loro affetti, perché ci sono state anche delle vittime, è giusto manifestarla, dicevo, e per quanto riguarda in particolare i danneggiati della agricoltura e dell'artigianato, dobbiamo tener presente che, come dalla relazione anche dello assessore Segnana è stato fatto presente, si tratta di coltivatori diretti, cioè si tratta, in generale, di povera gente, di gente che lavora, suda tutto l'anno, non ha molte ambizioni, non scende in piazza a scioperare quando le cose vanno male, perché non lo possono fare, e che comunque hanno come regola di vita, una sobrietà estrema e una dedizione seria a quello che è il lavoro che a loro spetta e che a loro compete, e a cui si dedicano. La nostra solidarietà, comunque, è giustamente stato detto, non può essere manifestata solamente a parole, perché queste popolazioni colpite attendono che

ci sia un intervento concreto. Abbiamo appreso con soddisfazione la comunicazione che è stata data nell'ultima seduta dall'assessore Segnana, per quello che è stato l'intervento dello Stato, intervento, diciamo così, ancora generalizzato sul piano nazionale, e del quale non conosciamo ancora la portata nel nostro territorio, nella nostra regione. Comunque dobbiamo pur dire che ancora in sede di discussione della variazione di bilancio, che c'era stata dieci giorni fa, il Presidente della Giunta regionale Dalvit, alle reiterate insistenze, perché appunto il discorso tornava sempre sulle alluvioni anche in quella sede, anche se non era la sede più appropriata, alle reiterate insistenze dei consiglieri che parlavano di alluvioni dicendo che era opportuno si provvedesse, non solamente in sede dei comprensori di bonifica, ma anche fuori, per tutte le zone colpite, il Presidente Dalvit, aveva responsabilmente detto e riconosciuto che, conosciuto il contenuto delle disposizioni dello Stato, la natura e l'entità dell'intervento statale, la Regione farà — diceva il Presidente — interventi proporzionati ed adeguati, anche ricorrendo a nuovi dispositivi di legge.

Ora questa affermazione va sottolineata, perché negli interventi che ci sono stati, pur riconoscendo i limiti della Giunta, qualche volta — e io in questo caso non è che mi senta di fare l'avvocato difensore della Giunta, perché persone ben più qualificate sono nella Giunta stessa per farlo — comunque è stato riconosciuto alla Giunta che qualcosa ha fatto e che i limiti stessi della Giunta sono quelli che sono, e che era opportuno che la Giunta, per la impossibilità stessa delle finanze locali a far fronte con le proprie forze ai danni delle alluvioni, guardasse allo Stato. Ha detto giustamente, precedendomi, il prof. Corsini, che la

solidarietà nazionale manifestata per la Calabria, a cui noi abbiamo partecipato, può essere benissimo invocata anche per le nostre zone, e la Giunta credo che di questo spirito sia pervasa e di queste idee sia convinta. I danni comunque che si sono abbattuti sulla nostra regione, hanno aperto la porta alla domanda di come si deve provvedere a rimediare ai danni provocati, alle ferite inferte all'agricoltura, ed ecco che qui si è parlato di contributi, si è parlato di interventi indiretti; e pur condividendo quanto ha detto il prof. Corsini precedentemente, che gli interventi indiretti sono i primi a cui noi dobbiamo guardare, credo tuttavia che in determinati casi e per determinate condizioni e iniziative, anche il contributo diretto non vada sottaciuto. Ricordo a proposito la enorme portata che hanno, per esempio, i contributi precedentemente dati sul Piano Verde, sull'art. 14, per il ripristino delle coltivazioni. Trattandosi appunto di zone, in particolare, lungo il corso dell'Adige, di zone interessate a frutticoltura, viticoltura intensiva, il ripristino di queste colture può essere benissimo dato, anzi deve essere dato appunto tramite l'art. 14 del Piano Verde, che è tuttora funzionante; comunque con quest'anno termina la sua attività e vedremo per la proroga come si tratterà in sede nazionale. Il far fronte quindi, innanzitutto, al ripristino delle colture, al ripristino di quelli che sono stati i territori danneggiati, credo che sia un impegno a cui è doveroso richiamare la Giunta, anche se penso che essa è sensibile senz'altro e non ha bisogno di richiami in questo senso. Ripristinare comunque, sarebbe inutile, è stato detto, se non si dovesse cercare di prevenire i danni dell'alluvione. E qui tutti gli interventi fatti precedentemente hanno giustamente sottolineato, chi per un verso, chi per un altro, aspetti positivi e iniziative da farsi e che io stesso sottolineo. Vorrei tut-

tavia, in fatto di prevenzione dei danni — e per essere breve, cercherò di tagliare molto corto nel mio intervento — sottolineare innanzitutto quanto è stato detto dal cons. Bernhart, per esempio, — e da altri veramente, perché il merito di questi richiami è stato di diversi — di come si debba guardare, in particolare, alla sistemazione dei bacini montani, ai corsi superiori. Qui sarebbe opportuno, accanto a quanto è stato già detto, sottolineare, per esempio, l'opera saggia che è stata fatta dall'assessorato alle foreste, ancora nel passato, servendosi degli uffici specializzati: Bolzano, con a capo il dott. Watschinger, e Trento, con attualmente a capo il dott. Chiappani. Queste iniziative portate a termine nel passato, hanno senz'altro salvato la nostra regione da catastrofi più forti. Io vorrei richiamare in questa sede, per esempio, come gli interventi fatti sui bacini del Sarca, che dal '49 al '64 hanno ammontato alla spesa di 554 milioni, sono state quelle opere disposte per arginare i torrenti, per trattenere i materiali, detriti, che in caso di piogge vengono portati a valle, per correggere, per raddrizzare certe strettoie, l'alveo di questi torrenti. La zona di Caderzone ha avuto un danno di 5 - 6 milioni. Devo però sottolineare che solo i corsi superiori sono di competenza della Regione, mentre i corsi inferiori del Sarca, come di altri fiumi, l'Adige compreso, è di competenza del Genio civile. Comunque in questa zona, 554 milioni spesi dal '49 al '64, hanno dimostrato che le opere fatte con questi soldi, hanno saputo tenere; senz'altro il danno, forse anche in queste zone, sarebbe stato maggiore di quello che è stato, perché il livello delle acque, raggiunto nella recente alluvione, è stato ben superiore che nel '60 e ben superiore di altre alluvioni precedenti. Nel '60, per esempio, un particolare: la zona di Caderzone, per chi la conosce, interessata a quell'alluvione con

un danno enorme — enorme proprio in tutti i sensi — era stata provocata dall'interruzione, proprio in un punto cruciale, dell'arginatura. C'era l'arginatura a monte, c'era l'arginatura a valle, e in un certo punto si era pensato di provvedere più tardi, non so; comunque in quel momento l'arginatura lì non c'era, e proprio lì il livello del Sarca, crescendo, ha sbrecciato. Un'altra cosa, comunque, da sottolineare: lo svaso dei bacini. Sappiamo che gli assessori alle foreste e anche per l'energia elettrica, si sono interessati del problema; e qui non c'è che un invito: di continuare su questa strada, perché effettivamente occorre una regolamentazione anche in questa sede, perché non è opportuno che i bacini idroelettrici vengano con tanta leggerezza svasati, in momenti cruciali di alluvioni, aggravando quelli che sono i danni provocati dalla normale caduta di pioggia. Per quanto riguarda il bacino dell'Adige, che vorrei dire è l'imputato n. 1 nella alluvione testé sofferta dalle nostre zone, io preannuncio che da parte della democrazia cristiana e del gruppo socialista e social democratico, è stato presentato un ordine del giorno, che non illustro in questa sede. Comunque ritengo effettivamente opportuno richiamare quanto è stato detto e dal cons. Steger e da altri, ultimo il prof. Corsini, sul corso dell'Adige; è un provvedimento che la Regione potrà sollecitare. Sappiamo che la materia è di competenza del Genio civile, comunque un richiamo, un'insistenza presso gli organi competenti da parte degli uffici regionali, della Giunta regionale, è opportuna senz'altro, perché altrimenti ci troveremo magari — speriamo questo non abbia ad avverarsi — ma ci troveremo ancora a parlare di danni provocati dall'Adige. Vorrei comunque ora terminare questo mio breve intervento, sollecitando appunto gli assessori competenti, la Giunta con il suo Presidente in primo

luogo, perché si facciano parte diligente, — come io devo riconoscere d'altra parte che è sempre stato — perché l'assegnazione data alla Regione su questi stanziamenti a cui si è accennato ai danni reali e ai bisogni delle popolazioni colpite.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Zwar ist über die Unwetterschäden bereits hinreichend gesprochen worden und ich werde versuchen, mit meinen Darlegungen so kurz als möglich und so konkret als möglich zu sein. Denn ich nehme an, daß je länger wir über diese Dinge diskutieren, desto mehr sich auch die Hilfeleistungen, die wir alle wünschen, hinauszögern dürften, wir jedoch womöglich recht bald zur Tat übergehen sollten. Nur einige Bemerkungen, um gewisse Zustände zu schildern, denn wir stehen ja diesmal nicht das erste Mal vor Unwetterschäden und vor der Notwendigkeit, Dienste vielleicht besser zu koordinieren und besser gegenüber dergleichen Katastrophen gerüstet zu sein. Es hat sich wohl herausgestellt, daß es gewisse Gemeinden und gewisse Gebiete gibt, in denen alles Mögliche getan worden ist, um größere Schäden, die hätten entstehen können, zu verhindern. Man denke an verschiedene Gemeinden, in denen sich sofort Hilfsbereite gefunden haben, insbesondere um über die Feuerwehr Sofortmaßnahmen zu treffen, damit das Ausmaß der Schäden nicht vergrößert werde. Es gibt andererseits dann wieder andere Gebiete, in denen dieser Zusammenhalt im Augenblick der Not und Katastrophe weniger zu verzeichnen ist. Nach meinem Dafürhalten müßte man bei der Hilfeleistung, die jetzt von

der öffentlichen Hand, in diesem Falle von der Region, vorgesehen ist, auch berücksichtigen, was die Gemeinschaften geleistet haben, um größeren Schaden zu verhindern und aus dieser Beurteilung auch das Ausmaß der Intervention entsprechend vergrößern oder verkleinern. Denn jene Eigentümer, die alles tun, um ihr Eigentum vor Katastrophen zu schützen, sollen nicht gleich behandelt werden wie die anderen, die glauben, weil es nun einmal eine Katastrophe gibt, seien die öffentlichen Stellen verpflichtet, den Schaden zu ersetzen. Ich bin überhaupt ein Gegner des Ausdruckes Schadenersatz bei öffentlichem Notstand. Denn wer ist denn gerufen, die Schäden zu ersetzen? Es sind ja keine Dienststellen da, die sie verschuldet haben. Gewiß, es wären bessere Vorbereitungen zu treffen. Vielleicht in Zukunft könnte man daran denken, und ich beziehe mich hier auf einige Anregungen, die vom Herrn Kollegen Bernhart gegeben worden sind: auf das gut funktionierende Technische Hilfswerk in Bayern, das an der Donau eingesetzt wird, denn auch die Donau ist ein Strom, der häufig Katastrophen verursacht. Dort wird ein regelrechter Dienst eingesetzt, der in dem Augenblick in Funktion tritt, wo Gefahr droht. Ich frage mich daher, ob wir nicht imstande wären, unsere Feuerwehren, die in allen Gemeinden bestehen, entsprechend auszustatten und auch auf diese Katastrophen vorzubereiten, damit sie die sofortigen Präventivmaßnahmen möglichst so treffen, daß Schaden verhindert werden kann. Es wäre dies eine Anregung, die ich durch diesen Satz und durch den Hinweis auf das Technische Hilfswerk in Bayern unterstreichen möchte. Es hat sich dann außerdem herausgestellt, daß in dieser letzten Katastrophenzeit kaum eine Stelle hier ist, welche den Gesamteinsatz der Kräfte richtig koordiniert. Und es ist gerade gestern

in Anwesenheit auch meines Kollegen Dr. Dalsass und des Vertreters der Provinz Trient, Dr. Salvadori, beim Regierungskommissär in Trient eine Besprechung darüber gewesen, wie man bei Katastrophen diesen Einsatz so koordinieren könnte, daß alle verfügbaren Kräfte den Umständen entsprechend rationell eingesetzt werden. Auf Grund der vorhandenen Staatsgesetze hat man hier wohl eine Lösung angestrebt und sich unter Bezugnahme auf dieselben einverstanden erklärt, daß der Gesamteinsatz in solchen Zeiten über das Provveditorat der öffentlichen Arbeiten erfolgen möge und daß in dieser Zeit — es war ein Vorschlag, der noch in den Landesausschüssen wird behandelt werden müssen —, jeweils ein Techniker der Landesausschüsse dem Leiter des Provveditorates für öffentliche Arbeiten an die Seite gestellt wird, damit über ihn dann die unmittelbaren Arbeiten geplant und durchgeführt werden können, die dazu dienen, die Soforthilfsdienste provisorisch zu gewährleisten. Ich möchte hier nur auf eine Frage das besondere Augenmerk richten: In dieser Besprechung hat sich ergeben, daß der Staat bereit ist — und entsprechende Verpflichtungen liegen vor —, auch die Soforthilfemaßnahmen für jene Anlagen zu übernehmen, die in seinem eigenen Kompetenzbereich liegen. Man hat dabei an die Staatsstraßen sowie an jene Wasserbauten gedacht, die ausgesprochenes Kompetenzbereich des Staates sind, also an die Kategorie 2 und 3 der Wasserbauten. Nun erhebt sich die Frage: Ist die Regionalregierung auch bereit, die Soforthilfemaßnahmen für jene Anlagen zu übernehmen, welche in ihrem Aufgabenbereich liegen? Auch darüber müßte man vielleicht, wenn nicht jetzt, so zu einem anderen Zeitpunkt, ausführlicher diskutieren. Auch wenn es sich nicht um Soforthilfemaßnahmen handelt, so ist doch das vorliegende Gesetz dazu

bestimmt, um die Schäden wiederum zu beheben. In der Generaldebatte ist leider über das eigentliche Vorhaben dieses Gesetzes recht wenig gesprochen worden. Ich bin der Auffassung, daß man sich jetzt in dieser durch die Unwetterkatastrophe entstandenen Notzeit nicht mit Versprechungen überhäuft, die dann zuguterletzt keine Erfüllung finden. Ich habe es als nicht richtig angesehen, daß die Regionalregierung unmittelbar nach der eingetretenen Katastrophe und den entsprechenden Schäden eine Aufforderung über die Presse gegeben hat, die Schäden zu melden und die Wiederinstandsetzungsarbeiten zu beginnen. Mir scheint, daß man in dieser Schadensmeldung, die man dem einzelnen Geschädigten, mag es ein Privater, mag es eine Körperschaft sein, überläßt, die Veranlassung für die ungenaue Angabe der Schäden fördert. Gewiß, die Schäden müssen sofort gemeldet werden. Aber es wäre sehr schädlich, wenn man den Maßstab des Schadensausmaßes jedem einzelnen oder jeder einzelnen unteren Körperschaft überlassen würde. Ich finde hier eine wesentliche Gefahr, daß man aus der von der Katastrophe erzeugten Not gegenüber der öffentlichen Hand noch spekulieren kann. Es sollten bei diesen Schätzungen der Schäden unbedingt einheitliche Maßstäbe angewendet werden und es gibt da auch Möglichkeiten, die Einheitlichkeit dieser Maßstäbe zu gewährleisten. Man denke beispielsweise nur daran, daß das Zivilbauamt der Provinz Trient über 1 Milliarde Schäden an öffentlichen Anlagen in der Provinz gemeldet hat. Es wird sich bei näherer Überprüfung zeigen, daß diese Meldung weit übertrieben ist und daß die Meldungen, die über die Provinz Bozen hinsichtlich der Schäden an öffentlichen Anlagen gemeldet wurden, eher weit näher an der Wirklichkeit liegen und die Schäden an öffent-

lichen Anlagen in der Provinz Trient geringer sind. Wir sollten also alles tun, damit diese ersten Meldungen nicht übertrieben werden. Ich möchte noch ersuchen, daß wir im Laufe dieser Interventionen nicht mehr das wiederholen, was beim Regionalgesetz vom 11. September 1961 vorgekommen ist. Es hat sich gezeigt, daß man hier den mit der Durchführung des Gesetzes beauftragten Beamten zuviel Verantwortung übergeben muß, wenn sie z.B. erst nach drei Jahren feststellen müssen, welches Ausmaß die Schäden hatten, die auf dieses Gesetz hin berücksichtigt werden sollten. Es hat sich dann herausgestellt — trotzdem ich es damals, als das Gesetz diskutiert worden ist, bereits erwähnt hatte —, daß die Prozedur dieses Gesetzes zu schwerfällig ist und daß wir erst drei Jahre nach der Verabschiedung desselben die letzten Zahlungen vornehmen konnten. Ich würde also von so einer Maßnahme seitens der Region eher abraten.

Von einer besonderen Schwierigkeit hat sich der teilweise Mangel an Klassifizierung und deswegen an Instandhaltung der Wasserbauten in unserem Bereiche erwiesen. Anlässlich dieser Gespräche konnte festgestellt werden, daß ganz lange Strecken von Flußläufen in der Region hinsichtlich der Wasserbauten überhaupt nicht klassifiziert sind. Es wird zugegeben, daß die Region die Klassifizierung in die Kategorien 4 und 5 nicht leicht vornehmen kann, bevor nicht die Klassifizierung der Wasserbauten der 3. Kategorie vorgenommen ist. Und es fehlt die Klassifizierung des Etschlaufs von der Töll bis Reschen, es fehlt die gesamte Rienz, es fehlt der Großteil des Eisacks mit verschiedenen Nebenflüssen. Wenn diese Wasserläufe hinsichtlich der Wasserbauten nicht klassifiziert sind, dann tut auch niemand etwas zur Instandhaltung dieser Wasserbauten. Es ist das Gesetz von 1904 noch

in Kraft, welches die Prozedur und die Eigenheiten dieser Wasserbauten, sowie ihre Klassifizierung vorsieht. Doch hat sich herausgestellt, daß die zuständigen Stellen, die die Klassifizierung für die Kategorie 3 vornehmen sollten, eigentlich in den letzten zehn Jahren nichts getan haben. Erst wenn die Anlagen klassifiziert sind, kann man feststellen, wer überhaupt für die Instandhaltung und Verbesserung dieser Anlagen zuständig ist. Solange dies nicht der Fall ist, ist niemand zuständig und es wird, wie gesagt, nicht getan, mit der Folge, daß die Katastrophen immer häufiger werden. Es ist also eine dringende Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß die Klassifizierung, in erster Linie der Wasserbauten der 3. Kategorie, lückenlos vorgenommen werde. Wir wissen, daß die Prozedur langwierig ist, aber wir müssen einmal beginnen, damit wir ein Ende wenigstens absehen können. Inzwischen kann den Landesverwaltungen nicht zugemutet werden, für alle Sofortmaßnahmen aufzukommen, die für die nicht klassifizierten Flußläufe notwendig sind. Mein Vorschlag wäre deswegen, daß so rasch als möglich die Klassifizierung der Wasserbauten dritter Kategorie auf Grund des Staatsgesetzes von 1904 forciert werde und daß die Region, in deren Kompetenzbereich die Wasserbauten 4 und 5 fallen, die Klassifizierung und die Anwendung der Normen des Gesetzes von 1904 auch möglichst rasch vornehmen soll.

Diese wären im wesentlichen meine konkreten Anregungen, wobei ich mich mit dem Vorhaben der Region, insbesondere was die Wiederinstandsetzung der landwirtschaftlichen Kulturen betrifft, damit einverstanden erklären kann, d.h. daß man auf Grund der vorhandenen Gesetze entsprechende Mittel zur Verfügung stellt; nicht so sehr gesetzliche Son-

dermaßnahmen vorsieht, sondern anhand der bestehenden Gesetze alle sich ergebenden Möglichkeiten ausnützt. In diesem Sinne sehe ich auch diesen Gesetzentwurf Nr. 25 über die Anlagen in den Meliorationsgebieten und in den Meliorationsgenossenschaften. Gleichzeitig möchte ich auch sagen, daß für Berggebiete, wo dieses Gesetz nicht Anwendung finden kann, weil keine Meliorationsgebiete bestehen, die entsprechenden Artikel im Grünen Plane mit Geldmitteln ausgestattet werden, d.h. Artikel, welche die Wiederinstandsetzung durch eine angemessene Beihilfe der öffentlichen Hand vorsehen. Es ist mir in dieser Hinsicht aus der bisherigen Gepflogenheit auch klar, daß wir bei dem Grünen Plan nicht in der Lage sind, Geldmittel von einem Artikel auf den anderen, für den wir mehr Bedarf hätten, zu verschieben.

Bis jetzt ist es so, daß die Geldmittel für jeden einzelnen Artikel des Grünen Plans in Rom festgelegt werden und daß der Region nicht die Möglichkeit geboten wird, hier Umstellungen vorzunehmen, die außerordentlich notwendig wären. Vielleicht könnte man doch einmal daran denken — und ich glaube, wir würden uns im Befugnisbereich der Region befinden —, daß hier auch die Region selbst von den auf die einzelnen Artikel zugewiesenen Geldmitteln entsprechende Umstellungen vornehmen könnte. Sicherlich aber ist es möglich, daß die Region zusätzliche Geldmittel zu diesen auf die einzelnen Artikel vorgesehenen Beträgen hinzufügen kann. Aber auch das andere scheint mir wichtig zu sein, nämlich nunmehr zu klären, daß die Region auch berechtigt ist, die vom Staate zugeteilten Geldmittel auf die einzelnen Artikel des Grünen Plans nach den Bedürfnissen der Region entsprechend zu übertragen.

Diese Vorschläge wollte ich unterbreiten und dabei nur noch kurz erwähnen, daß die Region hinsichtlich der Wildbachverbauung, wenn sie auch bisher Anstrengungen vorgenommen hat, die Mittel noch erhöhen sollte. Es wird notwendig sein, einen längeren Plan vorzusehen, etwa in Zusammenarbeit oder im Einvernehmen mit den Staatsstellen —, die dazu auch ihre Geldmittel verfügbar machen müßten; ferner, daß man einen Zehnjahresplan vorsieht, in welchem jährlich eine Milliarde Lire seitens der Region für die Wildbachverbauung zur Verfügung gestellt wird. Nicht einverstanden wäre ich mit der Auslegung des Art. 17 der Durchführungsbestimmungen vom 30. Juni 1951 Nr. 564 durch regionale Ämter, aus dessen Text man ableiten will, daß die Region nur die Zuständigkeit für die Wildbachverbauung in Meliorationsgebieten hätte. Der Text dieses Artikels ist eindeutig so, daß die Zuständigkeit für Wildbachverbauung in allen mit Dekret bereits festliegenden Wildbachbecken besteht. Und in diesem Sinne ist der Art. 17 dieser Durchführungsbestimmungen sicherlich auf Punkt 8 des Art. 5, d.h. auf die « opere di bonifica » bezogen. Was die Wildbachverbauung betrifft, bin ich der Auffassung, daß in all den durch Dekret des Staatspräsidenten bestimmten Verbauungsbecken die Region die Zuständigkeit besitzt. Dabei sollte man eigentlich noch einen Vorschlag unterbreiten, nämlich den — und im Gesetz von 1904 hinsichtlich der Wasserbauten sind schon entsprechende Bestimmungen enthalten —, daß man die örtlichen Körperschaften auch dazu wird anhalten müssen, sich an den Wildbachverbauungsmaßnahmen wenigstens mit einem kleinen Beitrag zu beteiligen, je nach den Vermögensverhältnissen der betreffenden Gemeinden.

Ich habe zur Zeit den Eindruck, daß die Wildbachverbauungsmaßnahmen, die rein auf Spesen der Region gehen, dort vorgenommen werden, wo der größte Druck auf die entsprechenden Ämter ausgeübt wird. Vielleicht würde mit der Forderung einer kleinen Beteiligung seitens der unteren Körperschaften und der direkt Interessierten hier mehr örtliches Interesse geweckt. Dabei könnten sich die örtlichen Körperschaften gleichzeitig auch verpflichten, einen bestimmten Anteil der Auslagen zu tragen. Noch eine Erwähnung sei mir hinsichtlich der Wasserbauten der 4. und 5. Kategorie erlaubt, die im Befugnisbereich der Region liegen. Es ist unbedingt dafür zu sorgen — und ich glaube, auf Grund des Art. 17 der Durchführungsbestimmungen ist bereits Klarheit geschaffen —, daß die Region die gesamte Zuständigkeit für die Wildbäche in diesen bereits begrenzten Bereichen hat, einschließlich der Wasserpolizei. Aber es ist dann bei der Klassifizierung der Wasserbauten der 4. und 5. Kategorie auch dafür zu sorgen — und ich glaube, daß uns hier das Statut entsprechende Ansätze gibt —, daß auch die Wasserpolizei den regionalen Ämtern zugeteilt wird und daß die Wasserbauten der 4. und 5. Kategorie nach erfolgter Klassifizierung nicht mehr in die Zuständigkeit der Zivilbauämter fallen, sondern daß da die Region über die eigenen Ämter und Dienststellen diese Maßnahmen vornehmen läßt, weil sich herausgestellt hat, daß die Region in dieser Hinsicht über Ämter und Dienststellen verfügt, die weit besser und sparsamer als die Ämter des Zivilbauamtes sind.

(Si è testé già parlato abbastanza sui danni del maltempo e io cercherò nelle mie esposizioni di essere più breve e più concreto possi-

biel. Infatti ritengo, che più noi discutiamo di queste cose, più gli aiuti da noi auspicati dovrebbero procrastinarsi, mentre dovremmo passare il più presto possibile all'azione. Farò soltanto poche osservazioni per illustrare alcune circostanze, poiché non è la prima volta che ci troviamo di fronte a danni del maltempo e alla necessità di coordinare meglio i servizi e di attrezzarci meglio per la lotta contro simili calamità. Si è ben verificato, che in certi comuni e in certe zone si sia fatto tutto il possibile per impedire danni maggiori, che si sarebbero potuti verificare. Basta pensare a diversi comuni, in cui si sono trovati immediatamente dei volontari, soprattutto per adottare misure di emergenza attraverso il Corpo dei vigili del fuoco, affinché l'entità dei danni non aumentasse. D'altro lato ci sono anche altre zone, in cui questa solidarietà nel momento del bisogno e della disgrazia risulta meno rilevante. Secondo la mia opinione, nel concedere l'aiuto previsto ora da parte della pubblica amministrazione, in questo caso da parte della Regione, si dovrebbe tener conto anche di ciò che le comunità hanno fatto per impedire danni maggiori e quindi aumentare o diminuire la misura dell'intervento in base a questa considerazione. Infatti i proprietari, che si impegnano al massimo per proteggere la loro proprietà contro le calamità non devono venir trattati alla stregua degli altri che, solo perché si verifica una catastrofe, credono che alle pubbliche amministrazioni competa l'obbligo di risarcire il danno. Sono poi per principio contrario all'espressione « risarcimento danni » in caso di pubblica calamità. Infatti chi è chiamato a risarcire i danni? Non ci sono in effetti uffici che li abbiano cagionati. Certamente bisognerebbe adottare migliori misure preventive. Forse in futuro si potrebbe pensare a questo, e mi riferisco qui ad alcuni suggerimenti dati dal collega

Bernhart: al servizio di soccorso tecnico ben funzionante in Baviera, impegnato sul Danubio, poiché anche il Danubio è un grande corso d'acqua, che spesso è causa di calamità. In Baviera si è introdotto un regolare servizio, che entra in azione nell'attimo, in cui si profila la minaccia di un pericolo. Mi chiedo dunque se non ci sarebbe possibile attrezzare adeguatamente i nostri Corpi dei vigili del fuoco esistenti in ogni comune, nonché di prepararli a queste calamità, affinché possano adottare le immediate misure preventive possibilmente in modo da impedire il danno. Questo sarebbe un suggerimento, che vorrei sottolineare con queste mie parole e con l'accenno al servizio di soccorso tecnico in Baviera. A parte questo, si è visto che in questo recente periodo di calamità in nessuna località, si può dire, ci si è trovati di fronte a un coordinamento efficiente delle forze impegnate nei servizi di soccorso. Proprio ieri, alla presenza del mio collega, dott. Dalsass, e del rappresentante della Provincia di Trento, dott. Salvadori, si è discusso davanti al Commissario del Governo di Trento sul modo migliore di coordinare gli interventi in caso di calamità, affinché tutte le forze disponibili vengano utilizzate in modo razionale secondo le circostanze. In base alle vigenti leggi dello Stato si è cercato in questa occasione di giungere a una soluzione e con riferimento alle stesse ci si è accordati nel modo seguente: il complesso dei servizi di soccorso, in simili circostanze, dovrebbe essere organizzato attraverso il Provveditorato dei lavori pubblici e — si è trattato di una proposta che va ancora discussa nelle Giunte provinciali — il dirigente del Provveditorato per i lavori pubblici dovrebbe essere affiancato di volta in volta da un tecnico delle Giunte provinciali, affinché, attraverso quest'ultimo, si possano progettare ed eseguire lavori immediati per ga-

rantire provvisoriamente i servizi di pronto soccorso. Vorrei qui mettere in particolare rilievo una questione: nel corso di questa discussione si è rilevato, che lo Stato è pronto — e ci sono gli impegni corrispondenti — ad assumersi anche le misure di pronto soccorso per gli impianti che fanno parte del settore di sua competenza. Ci si è riferiti in proposito alle strade statali e a quelle opere idrauliche, che rientrano totalmente nel settore di competenza dello Stato, vale a dire alle categorie 2 e 3 delle opere idrauliche. Si solleva ora il problema se anche il Governo regionale sia pronto ad assumersi le misure di pronto soccorso per gli impianti compresi nell'ambito delle sue competenze. Anche su questo si dovrebbe forse discutere più ampiamente, se non ora almeno in altro momento. Anche se non si tratta di misure di pronto soccorso, la presente legge ha ugualmente lo scopo di eliminare il ripetersi dei danni. Nella discussione generale purtroppo si è parlato veramente poco delle finalità di questa legge. Penso che nello stato di emergenza sorto presentemente a causa della calamità del maltempo non si debba esagerare con le promesse, che, alla fine non vengono poi mantenute. Non ho considerato troppo opportuno, che il Governo regionale, immediatamente dopo la calamità sopraggiunta e i danni da essa derivati, abbia emanato attraverso la stampa l'invito a denunciare i danni e ad iniziare i relativi lavori di riattamento. Mi sembra che affidando questa denuncia dei danni ai singoli danneggiati, privati o enti che siano, si dia appiglio ad un'imprecisa denuncia degli stessi. È certo che i danni debbono essere subito denunciati, ma sarebbe anche del tutto controproducente lasciare a determinazione del metro di valutazione dell'entità del danno al singolo o al singolo ente minore. Credo di ravvisare qui un notevole pericolo, che lo stato di emergenza

nato dalla calamità possa essere oggetto di speculazione nei confronti della pubblica amministrazione. Nelle operazioni di stima dei danni è assolutamente necessario usare un metro unitario e la possibilità di garantire questo metro unitario esiste. Basti pensare, ad esempio, soltanto al fatto, che l'ufficio del Genio civile della Provincia di Trento ha denunciato oltre 1 miliardo di danni ai pubblici impianti nella provincia. Attraverso accertamenti più precisi si dimostrerà, che questa denuncia è di gran lunga esagerata e che le denunce dei danni ai pubblici impianti, presentate attraverso la Provincia di Bolzano, si avvicinano maggiormente alla realtà, mentre i danni ai pubblici impianti nella Provincia di Trento sono meno rilevanti. Dobbiamo quindi adoperarci al massimo, perché queste prime denunce non vengano gonfiate. Vorrei anche rivolgere Loro l'invito a non ripetere nel corso degli interventi quanto è avvenuto in occasione della legge regionale dell'11 settembre 1961. Si è dimostrato a questo proposito, che si deve addossare una responsabilità troppo pesante ai funzionari incaricati dell'esecuzione della legge, dato che essi, ad esempio, sono costretti a stabilire a distanza di tre anni l'entità dei danni da prendersi in considerazione in base a questa legge. Si è poi rilevato — benché io a suo tempo, quando la legge venne discussa, lo abbia fatto presente — che la procedura di questa legge è troppo lenta e che noi abbiamo potuto effettuare gli ultimi pagamenti soltanto tre anni dopo la sua approvazione. Sono dunque del parere di sconsigliare la Regione dall'adottare un provvedimento di tal genere.

Particolare difficoltà ha sollevato la parziale lacuna nella classificazione, e conseguentemente nella manutenzione, delle opere idrauliche nella nostra zona. Nel corso di questi

scambi di vedute si è potuto stabilire che i corsi d'acqua della Regione, per quanto riguarda le opere idrauliche, per lunghissimi tratti non sono affatto classificati. Concedo, che la Regione non possa procedere facilmente alla classificazione nelle categorie 4 e 5, prima che sia avvenuta la classificazione delle opere idrauliche della III categoria. Manca inoltre la classificazione del corso dell'Adige da Tell a Resia, manca tutta la Rienza, manca gran parte dell'Isarco con diversi affluenti. Non essendo questi corsi d'acqua classificati per quanto riguarda le opere idrauliche, nessuno si occupa della manutenzione di esse. Vigge ancora la legge del 1904, che prevede la procedura e le caratteristiche di queste opere idrauliche, nonché la loro classificazione. Ma è accaduto che gli uffici competenti, i quali avrebbero dovuto procedere alla classificazione per la categoria 3, negli ultimi 10 anni non abbiano fatto nulla. Solo dopo la classificazione di queste opere si può stabilire a chi spetti veramente la competenza per la loro manutenzione e le loro migliorie. Finché questo non avviene, nessuno è competente e nessuno fa nulla; ne consegue, che le catastrofi diventano sempre più frequenti. È quindi necessario e urgente provvedere sistematicamente e senza lacune alla classificazione soprattutto delle opere idrauliche che rientrano nella categoria 3. Sappiamo che la procedura è lunga, ma è necessario darle inizio una buona volta, perché possiamo almeno intravederne la fine. Nel frattempo non possiamo pretendere che le amministrazioni provinciali provvedano a tutte le misure di pronto soccorso necessarie per i corsi d'acqua non classificati. Proporrei dunque di far pressione a che venga effettuata al più presto la classificazione delle opere idrauliche di III. categoria in base alla legge statale del 1904 e di far sì che la Regione, cui spetta la competenza delle opere idrauliche di IV e V cate-

ria, proceda al più presto alla classificazione e all'applicazione delle norme della stessa legge del 1904.

Questi sarebbero in sostanza i miei suggerimenti concreti, cui debbo aggiungere di approvare il programma della Regione, specialmente per quanto riguarda il riassetto delle colture agricole; la mia approvazione va al fatto che si mettano a disposizione mezzi adeguati in base alle leggi vigenti, che non si prevedano tanto provvedimenti di legge straordinari quanto si usufruiscano tutte le possibilità offerte dalle leggi vigenti. In questo senso considero anche il disegno di legge n. 25 sugli impianti nei comprensori di bonifica e nelle cooperative di bonifica: allo stesso tempo vorrei osservare anche che per le zone montane, dove questa legge non può trovare applicazione in quanto non esistono comprensori di bonifica, si dovrebbe provvedere ai fondi necessari sui relativi articoli del Piano Verde, su quelli cioè che prevedono il riassetto attraverso un adeguato aiuto della pubblica amministrazione. A questo proposito mi è chiaro, dalla prassi finora in uso, che nel Piano Verde non possiamo stornare fondi da un articolo all'altro, per cui avessimo più impellenti necessità. Finora i fondi per ogni singolo articolo del Piano Verde sono stati fissati a Roma e la Regione non può operare cambiamenti, che sarebbero straordinariamente necessari. Forse si potrebbe arrivare a pensare, — e credo che rimarremmo nell'ambito delle competenze della Regione — che anche la Regione potesse da sola operare cambiamenti, per quanto riguarda i fondi concessi ai singoli articoli. Certamente però è possibile, che la Regione integri con altri fondi i contributi previsti per i singoli articoli. Ma anche la prima possibilità mi sembra importante, e precisamente quella di mettere finalmente in

chiaro, che anche la Regione è autorizzata a passare, secondo le sue necessità, ai singoli articoli del Piano Verde i fondi assegnati dallo Stato.

Volevo presentare queste proposte e inoltre ricordare brevemente che, per quanto riguarda la sistemazione dei bacini montani la Regione, pur avendo finora compiuto degli sforzi, dovrebbe aumentare l'entità dei fondi. Sarà necessario prevedere un programma a più lunga scadenza, in collaborazione o in accordo con gli uffici dello Stato, i quali dovrebbero mettere a disposizione per questo anche i loro fondi; inoltre sarà necessario prevedere un piano decennale, in cui annualmente, da parte della Regione, si metta a disposizione 1 miliardo di lire per la sistemazione dei bacini montani. Non mi troverei d'accordo con l'interpretazione dell'art. 17 delle norme di attuazione del 30 giugno 1951, n. 564, data da uffici regionali, dal cui testo si vuol dedurre che la competenza della Regione si limita alla sistemazione dei bacini montani nei comprensori di bonifica. Il testo di questo articolo vuol significare in modo inequivocabile, che la competenza per la sistemazione dei bacini montani comprende tutti i bacini montani già definiti con decreto. E in questo senso l'art. 17 di queste norme di attuazione si riferisce certamente al punto 8 dell'art. 5, cioè alle « opere di bonifica ». Per ciò che riguarda la sistemazione dei bacini montani, penso che alla Regione spetti la competenza per tutti i bacini montani definiti con decreto del Presidente della Repubblica. Qui si dovrebbe presentare un'altra proposta: quella cioè — e nella legge del 1904 sulle opere idrauliche sono già contenute norme adeguate — di obbligare anche gli enti locali a contribuire ai provvedimenti per la sistemazione dei bacini montani, almeno con un modesto contributo commisurato alla situazione patrimoniale dei comuni inte-

ressati. Per il momento ho l'impressione, che i provvedimenti per la sistemazione dei bacini montani, gravanti unicamente sulla Regione, vengano adottati là dove si esercita la maggior pressione sugli uffici competenti. Chiedendo agli enti minori ed ai diretti interessati un piccolo contributo si risveglierebbero forse, a questo proposito, maggiori interessi locali; contemporaneamente gli enti locali potrebbero impegnarsi a partecipare in misura determinata alle spese. Mi sia concesso un altro accenno a proposito delle opere idrauliche di IV. e V. categoria, che sono di competenza della Regione. Bisogna assolutamente provvedere a che la Regione abbia tutto il complesso di competenze sui bacini montani in queste zone già delimitate, compresa quella di polizia fluviale — e credo che ciò sia stato già chiarito in base all'art. 17 delle norme di attuazione. Ma nel corso della classificazione delle opere idrauliche di IV e V categoria bisogna provvedere — e credo che in proposito lo Statuto ci offra adeguati appigli — ad affidare agli uffici regionali anche i compiti di polizia fluviale. Sarà bene anche fare in modo che, a classificazione avvenuta, le opere idrauliche di IV e V categoria non rientrino più nelle competenze degli uffici del Genio civile, ma siano soggette ai provvedimenti del caso da parte degli appositi uffici e servizi della Regione: questo perché si è rilevato che la Regione dispone di uffici e servizi molto meno costosi e molto più efficienti di quanto non siano quelli del Genio civile.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Molignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Prendo la pa-

rola, quasi a titolo di dichiarazione di voto, quindi con la necessaria concisione e brevità, anche perché non vorrei che a un certo momento subentrasse l'impressione all'esterno che noi qui si dice che siamo in ritardo con gli interventi, che non facciamo quanto è necessario, ma ci si accusasse, magari, di stare qui molto a parlare e di fare poco. A un certo momento penso che sia stato detto tutto quanto si poteva dire sulle alluvioni avvenute e su quelle anche avvenire, quasi quasi, direi, da qualcuno preconizzate più o meno imminenti. Quindi, secondo il mio avviso, il quadro è stato fatto in tutti i suoi aspetti, è ormai definito nei minuti particolari, e non ci resta che fare qualche cosa di positivo, per dare la sensazione che, accanto alle molte parole, a questo magnifico o fosco quadro fatto, si fa anche qualche cosa per intervenire. Le preoccupazioni generali sono state espresse, sia per quanto riguarda il passato, quanto, ripeto, il futuro; la solidarietà è stata espressa a tutte le categorie colpite fra i contadini, agli artigiani, a tutto quel complesso di gente che è stata coinvolta con questo fenomeno. Io vorrei dire una cosa soltanto, che è questa: che questi cataclismi, questi fenomeni, evidentemente colgono un po' sempre alla sprovvista, e penso che questo non avvenga solo da noi, solo in Italia, solo nella regione Trentino-Alto Adige, ma avvenga anche nel resto del mondo civile. Colgono sempre un po' alla sprovvista, ed è difficile che si possano predisporre tutti gli accorgimenti necessari per evitare la catastrofe; si potrebbe fare, evidentemente, molto o qualche cosa per ridurre la sua portata. E quindi anche l'immediatezza degli interventi consegue alla straordinarietà dell'evento stesso, al fatto che esso è sempre legato alla improvvisazione, cioè al fatto che coglie alla sprovvista. Quindi io vorrei dire che quello che oggi sta facendo la Regione, cioè la legge

che stiamo per varare, è indubbiamente una dimostrazione di buona volontà e di immediatezza, se questa immediatezza noi la facciamo, la favoriamo con una discussione rapida e con un varo rapido della legge stessa. Si dirà che è poco; io penso che sia per primo l'assessore competente a dirlo onestamente e sinceramente, perché al momento attuale questa è la disponibilità, questo è lo sforzo che la Regione può fare, e per il momento, evidentemente, nulla altro può fare, anche perché, come si è detto, siamo in attesa dei dati precisi, che da parte del Governo ci vengano forniti, a proposito del suo intervento. E quando conosceremo questa entità, e quando conosceremo queste cifre, e quando avremo una visione chiara di quello che sarà l'intervento dello Stato, allora potremo anche pensare, rapidamente, con la necessaria immediatezza, a ulteriori nostri interventi, a ulteriori nostre provvidenze, per sanare quello che il cataclisma ha creato. Quindi io dico: un atto di buona volontà, un atto tempestivo, che va valutato come esso è, per quanto esso vale e comporta, e che evidentemente presuppone ulteriore buona volontà per altri interventi, per altre forme che evidentemente la Giunta, l'assessorato competente studierà, perché esse siano più fattive possibile, possano penetrare laddove c'è il maggiore bisogno conseguente al cataclisma stesso. Mi dichiaro d'accordo con l'assessore Brugger, per quella perorazione che lui ha fatto a proposito delle opere di prevenzione. È evidente che di fronte al ripetersi di questi fenomeni, che, purtroppo, osserviamo, — e non so se saranno gli ultimi o se saranno seguiti da altri — sia necessaria quell'opera di coordinamento sulla quale lui si è intrattenuto a lungo con la competenza che gli deriva anche dall'essere assessore, da lunghi anni ormai, all'agricoltura. E ha parlato di coordinamento di servizio di assistenza e assistenza

tecnica, che è un aspetto del problema, io penso, ma soprattutto del coordinamento del carattere degli interventi e della necessaria, impellente necessità di una chiara classificazione dei corsi d'acqua, per chiarire quelle che sono le competenze. Anche qui possiamo dire che si è fatto un passo in avanti. La riunione presso il Commissariato del Governo, indetta giorni fa, evidentemente è nata dalla sensazione che ci sia uno stato di disagio, perché? Perché non c'è chiarezza nella materia, mentre invece è necessario crearla, questa chiarezza, se vogliamo che gli interventi siano coordinati e possano essere allora più tempestivi, più immediati. Io sono quindi perfettamente d'accordo con queste osservazioni fatte e anch'io auspico che questo coordinamento venga fatto al più presto e che si possa operare in profondità nel settore, nell'argomento; e penso proprio che è l'opera di prevenzione che può agire in profondità. In questo senso, condivido tutte le idee che sono state espresse a proposito della necessità di riordinare i bacini montani e i corsi d'acqua per quanto riguarda la loro parte superiore, perché evidentemente è stato dimostrato, in lungo, in largo, con dati alla mano di fatto, che questi poi si ripercuotono nella parte media e inferiore del corso stesso del fiume e quindi in sostanza sono la causa fondamentale di tutto quanto si viene verificando.

Io, detto questo, signori, non mi sento di aggiungere altro, perché non sono un tecnico: ho preso atto soltanto delle relazioni consegnatemi, le ho lette attentamente, e della situazione verificatasi. Io non la vorrei drammatizzare; sono anch'io dell'avviso che non si debbono creare speranze al di là di quello che è possibile fare, perché le speranze comportano sempre corrispondenti delusioni e quindi sono assolutamente da evitarsi, ma sostengo l'ordine del giorno che porta le firme del dott. Marti-

nelli, di Vinante e di Tanas, — purtroppo assente in questo momento, al quale, anzi, sento il dovere di inviare, occasionalmente, anche un augurio fraterno del gruppo e del Consiglio tutto per una pronta guarigione — e per questo, dicevo, sottolineo e sostengo questo ordine del giorno, che chiede, in sostanza, un contatto immediato con lo Stato, per conoscere, chiarire quelli che sono gli interventi suoi, le sue intenzioni, la sua programmazione, diciamo — abusando di questo nome, in questo momento, su questo tema — per poi evidentemente potere, a nostra volta, prendere le decisioni necessarie per riparare a quanto ci sarà possibile riparare. Evidentemente l'evento è più grande di noi; ci coglie, ci ha colti alla sprovvista e non dobbiamo farci illusioni che tutto possa essere fatto nel più breve tempo possibile. Ci richiede realismo, ci richiede senso della misura, e dobbiamo cercare di fare di tutto per evitare, per impedire danni futuri, sia con l'intervento dello Stato, che con l'intervento della Regione, delle Province e dei Comuni interessati a questo problema. È questo che io auspico, dichiarando che la legge trova il nostro gruppo consenziente, e che la considera, come dicevo poco anzi, un atto veramente di buona volontà, che merita di essere considerato tale anche per la sua tempestività, anche per il suo intervento immediato.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Brevemente anch'io, tanto per poter concludere questo argomento. Io dico subito che non sono proprio perfettamente d'accordo sull'abbinamento avvenuto, ossia sull'abbinamento della trattazio-

ne della legge 25 con la mozione da noi presentata, perché ritengo che la legge, così com'è configurata, per lo meno, abbia un carattere ordinario; viceversa la nostra mozione e l'argomento di cui si tratta, le alluvioni, ha carattere straordinario. Comunque non c'è altro che parlare dell'uno e anche dell'altro. Devo far presente ancora una volta e rammaricarmi, perché nella mozione da noi presentata, era stata chiesta l'urgenza nella convocazione del Consiglio; non è stata chiesta nei modi formali, comunque è fatto un accenno all'urgenza di trattare questo argomento e ci troviamo a trattarlo dopo qualche mese. La mozione è già stata illustrata ed è già chiara per se stessa, però vorrei qua richiamare l'attenzione su quanto è detto in essa mozione, a proposito delle responsabilità. Il dott. Brugger, parlando prima, ha detto che non si deve parlare di risarcimento dei danni, in quanto la parola risarcimento implica il concetto di colposità o di colpevolezza. Ebbene, già nelle relazioni dell'assessore si accenna a una certa responsabilità da parte di qualcuno, ossia di coloro che hanno i bacini idroelettrici, l'ENEL, per non far confusioni. Ebbene, queste responsabilità, penso che debbano essere indagate e debbano essere accertate, ma seriamente e su basi concrete, e debba essere chiamata in causa l'ENEL, proprio perché, se ha il diritto di vuotare i bacini e di riempirli finché vuole, ha però il diritto e il dovere di risarcire i danni provocati da uno svaso, provocato in momenti non adatti. Al suo diritto corrisponde un preciso dovere, e noi chiediamo che questo dovere sia accertato e, se responsabilità esistono, vengano fatte valere. Per quanto riguarda la legge, ho detto prima che ha carattere ordinario. I fondi stanziati su di essa sono pochissimi, perciò permettetemi che vi dica che la Regione in questo momento dovrebbe tener presente l'esistenza di questo fatto eccezionale, e accantonare e usa-

re soprattutto tutte le disponibilità esistenti in questo momento, per far fronte a questi bisogni. Dico questo perché non si intendesse disperdere le possibilità finanziarie della Regione in questo momento su altre leggi e su altre disposizioni; dico questo perché se attendiamo che il Governo centrale, lo Stato intervenga in forma massiccia, dovremmo in seguito rammaricarci di aver atteso, così come hanno atteso i danneggiati del Vajont, così come hanno atteso, come ha detto il dott. Pruner nell'ultima riunione, i triestini che hanno optato per l'Italia, che dal '47 a questa parte stanno attendendo che lo Stato dia loro quanto la Jugoslavia ha dato allo Stato in oro. Io mi preoccupo un po' di queste forme di finanziamento: lasciatemi che vi dica che la lingua batte dove il dente duole. Ho letto alcuni giorni fa dei dati pubblicati dal Ministero del Tesoro, il quale diceva, per esempio, che nella nostra regione sono stati raccolti nel primo semestre 29 miliardi 900 milioni di imposte, ai quali debbono aggiungersi le imposte esatte fuori della nostra regione e del nostro territorio. Ebbene noi invochiamo la solidarietà dello Stato, così come è stata invocata dalla Calabria nel 1954, e alla quale anche noi abbiamo fatto fronte; la invochiamo però con maggior forza e chiediamo che la Giunta voglia chiedere, non con il cappello in mano — come si usa dire — ma chieda con energia e con vigore, proprio in virtù di queste possibilità e di questi dati. Io non sono tecnico delle acque, dei bacini montani; è già stato parlato a sufficienza e son già state illustrate le necessità e i bisogni e l'utilità dei lavori da farsi sui bacini montani. Si è parlato anche dell'Adige: elevare gli argini o dragare l'Adige, o dragare il letto dell'Adige. Se non erro, nel 1882, quando sono stati iniziati e costruiti gli argini dell'Adige, allora è stato istituito anche il dragaggio del fondo del fiume e questo dragaggio

è stato effettuato tutti gli anni, fino al 1918; da allora più niente è stato fatto: nè per gli argini, nè per il dragaggio del fiume. Mi risulta che il Genio civile ha già previsto alcuni anni fa il dragaggio dell'Adige, però da allora è sempre rimasta una previsione così vaga, che non ha avuto nessuna attuazione. So che da parte del Magistrato alle acque di Venezia si hanno delle perplessità circa il dragaggio dell'Adige, in quanto si ritiene che il dragaggio comporti un minor afflusso di sabbia alle spiagge adriatiche; così è detto in una circolare del Ministero. Ebbene, signori, non vorrei che anche questa fosse una scusa come un'altra, per dire: non facciamo questo dragaggio. Il problema comunque è un problema tecnico, sull'approfondimento del quale bisognerà che la Giunta si avvalga di tecnici del settore. Sta di fatto però che, come noi abbiamo chiesto nella mozione, la Regione deve intervenire in questo momento con tutte le sue possibilità, dopo aver sentito naturalmente lo Stato, ma senza attendere che lo Stato intervenga. Abbiamo visto nel '60: è intervenuto con la legge 11 del 1962, dopo due anni; la quale legge 11, in definitiva, su 127 miliardi e mezzo stanziati, ha dato alla nostra regione 250 milioni, non ancora incassati, se non erro. Ecco perché dico che l'urgenza di procedere da parte della Regione esiste, ed esiste indipendentemente da quello che dice lo Stato. D'accordo che bisognerà intervenire a redigere questo programma, e redigerlo in conformità o in accordo con lo Stato, ma questo deve essere fatto con la massima urgenza.

(Riassume la Presidenza il Presidente Bertorelle).

PRESIDENTE: Nessun altro è iscritto a parlare? No. Allora, se nessun altro è iscritto a

parlare io do la parola all'assessore Grigolli, che conclude la discussione, dopodiché pongo in votazione...

(INTERRUZIONI)

PRESIDENTE: Allora do la parola alla Giunta, cioè agli assessori Grigolli, Segnana e Fronza, i quali concludono il dibattito, dopodiché si passa alla discussione della mozione e degli ordini del giorno.

La parola all'assessore Grigolli.

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste — D.C.): Signori consiglieri, la ampiezza della discussione che si è avuta su questo disegno di legge e sulle mozioni riguardanti le alluvioni, che abbiamo collegato a questa discussione, mi pare che mostri la importanza e la stretta urgenza di affrontare e di inquadrare problemi che sono tipici della nostra Regione, della nostra terra, specie quando essi abbiano questa evidenza, che si è messa in chiara luce a seguito delle recenti alluvioni. Mi pare che nel dover riconoscere lo sforzo, l'impegno dei signori consiglieri nell'affrontare, ognuno dal suo punto di vista, ma direi con serietà e obbiettività, questi problemi, nel sottolineare questo e nel prenderne atto, vada pure aggiunto che la discussione ha messo in rilievo che su molti punti c'è una sostanziale intesa su quello che è da fare o da non fare. Prima di tutto, mi pare, è giusto condividere l'idea che il tema delle sistemazioni dei bacini montani, delle quali mi occupo, è un problema di carattere nazionale e che quindi è giusto non chiedere soltanto alla Regione gli interventi

nell'ambito del Trentino-Alto Adige, ma è giusto richiedere, nelle forme che verrò anche dettagliando, un intervento idoneo da parte dello Stato, e all'occorrenza anche di tipo straordinario. È anche giusto condividere, mi pare, quanto si è osservato, in modo particolare da consiglieri del gruppo di lingua tedesca, che nel procedere ad affrontare questo tema, in sede tecnica, occorra partire dall'alto, e questo dico anche osservando come nella provincia di Bolzano esiste una dimensione di problemi, da questo punto di vista, che è superiore — io non so dire quanto, ma in linea generale sicuramente superiore — a quella della provincia di Trento, e che quindi sia giustificato il chiedere e il provvedere in modo più notevole negli interventi finanziari per questi tipi di opere in Alto Adige. E questo evidentemente non sminuisce l'importanza di analoghi interventi che si abbiano da fare in provincia di Trento. Mi pare che un terzo punto sul quale si è registrata un'intesa è che occorre, su questo problema, arrivare con sollecitudine ad una chiarificazione di competenze fra organi dello Stato ed organi della Regione. Vorrei tuttavia fare a questo riguardo una osservazione e dire che se questa chiarificazione di competenze non si è effettuata o non si è potuta effettuare in 17 anni, mi pare, da che la Regione esiste — ed io non faccio questo a titolo di polemica, evidentemente — non si può tuttavia neanche pretendere che questo avvenga nello spazio di poche settimane o pochi mesi. Credo che da questo punto di vista l'ordine del giorno che discuteremo poi e che reca la prima firma, mi pare, del cons. Benedikter, abbia bisogno di questa specificazione, che cioè non ci si chieda di provvedere a fare entro un determinato termine, che mi pare è il marzo o l'aprile, una precisazione di competenza o quant'altro di analogo, che richiede, non solo un atto di chiarezza

e di buona volontà politica da parte nostra, ma anche un contatto con altri organi che sono al di fuori di noi, gli organi statali, e in tale vicenda, evidentemente, occorre prevedere che il tempo occorrerà, per quanta sollecitudine noi vogliamo mettere nell'affrontare questo tema, e la sollecitudine io qui voglio confermarla. Devo anche dire — il cons. Brugger si è riferito alla legge del 1904, — che non tanto e non solo è da inquadrare questo problema nella legge del 1904, ma anche da inquadrare e da far collimare, in quanto possibile, con la legge istitutiva dei servizi forestali del '23, perché è noto che in materia vi è una competenza duplice del Ministero dei lavori pubblici e del Ministero dell'agricoltura e foreste, e quindi anche da questo punto di vista si comprende come l'argomento sia di una certa complessità. Ciò su cui, a parte questi punti d'intesa che ho sottolineato, credo occorra una illustrazione, un approfondimento di tesi più specifico, riguarda mi pare, alcuni aspetti della mozione presentata dai cons. Sembenotti, Pruner, de Carneri, perché la Giunta regionale non può accettare, evidentemente, una accusa di incuria e di passività; e mi pare strano che sia il cons. Pruner che pone una firma di un ordine del giorno di questo tipo, quando è nota la responsabilità che egli ha avuto negli scorsi quattro anni, quando è noto che il lavoro si è fatto anche negli scorsi quattro anni, e quindi questo mi pare un fatto di autolesionismo che io non riesco a comprendere, nel mentre io sono qui a sostenere che invece anche negli anni scorsi, nello scorso quadriennio si è operato in questo settore, e quindi questa accusa di passività non è accettabile e neanche molto comprensibile. Devo dire che vi è stata da parte di un consigliere di lingua tedesca, ma anche di altri, mi pare, una specie di osservazione alla Giunta regionale, perché di questo problema si parla

solo adesso. Io dico — è un'osservazione, è un fatto opinabile — tuttavia sarebbe più pesante e giustificata questa osservazione, se il parlare adesso e si dice con ritardo, coincidesse con un ritardo anche nell'intervenire. Io ho già detto che invece da questo punto di vista, essendoci state le alluvioni dal 2 al 4 settembre, già il 29 settembre, la Giunta regionale provvedeva a deliberare tutto quanto occorreva in fatto di sistemazione dei bacini montani per le opere di tamponamento e da effettuarsi con la assoluta urgenza, prima della caduta della neve. Questa osservazione quindi mi pare sia superata dalla rapidità — della quale si è anche dato atto alla Giunta — con la quale si è intervenuti. Mi pare che su un altro aspetto valga la pena di soffermarsi. Il cons. Benedikter ha citato — e gliene sono grato — alcune leggi, alle quali si potrebbe fare riferimento, le leggi dello Stato, in questa materia. Devo dire che la legge da lui citata del 1961, la legge n. 11, alla quale si è riferito anche il cons. Sembenotti, è una legge che si propone soprattutto di finanziare opere di regimazione dei grandi fiumi, in modo specifico nel caso nostro dell'Adige. Era una legge, quindi, dalla quale, in certo modo noi eravamo tagliati fuori, almeno per quanto riguarda il disegno del legislatore e lo spirito dell'intervento. Tuttavia, su questa legge, sono stati assegnati, nel quinquennio di operosità di tale norma, 200 milioni. Comprendo benissimo che sia un intervento modesto, tuttavia a fronte della iniziativa che si proponeva l'intervento sui grandi fiumi, noi dobbiamo prendere atto che quando si è stabilita questa intesa con lo Stato, nel '61, si è comunque potuto tener conto che una certa buona disponibilità da parte degli organi statali esisteva per dare modo alla Regione di intervenire su corsi d'acqua anche minori. Per quanto riguarda la legge n. 184, del '52, alla quale pure il cons. Benedikter

si è riferito, devo dire che questa non è una legge finanziaria, è una legge che riguarda solo un certo piano regolatore, diciamo così, dei corsi d'acqua. Da questo punto di vista esiste già da tempo un collegamento con il Genio civile, al quale vengono trasmessi annualmente i dati relativi all'aggiornamento di questo piano, quindi comprensivi delle opere che si renderebbero, in linea teorica almeno, necessarie. È chiaro tuttavia che questa legge, se non ha un apporto finanziario conseguente, è una legge che rappresenta uno sforzo di buona volontà, ma direi che rimane allo stato più che altro, vorrei dire, purtroppo accademico. Un'altra legge citata dal cons. Benedikter è quella del '63. Questa mi pare che non riguardi la competenza dell'assessorato all'economia montana e foreste, perché è una legge che si occupa di un piano regolatore dell'acqua, soprattutto a titolo di acquedotto potabile, e quindi per esigenze civili di questo tipo. È un tema, questo, che viene tenuto presente dal collega Pasqualin, perché mi pare giusto riferirsi anche a questa legge nel considerare come in effetti il tema della sempre minore disponibilità d'acqua ad uso potabile, il fatto che contemporaneamente vi è un estendersi degli agglomerati urbani, con tutti i fenomeni connessi, questo mi pare richieda, da parte della Regione, uno sforzo di puntualizzazione e di intesa con le Province, perché vi sia una certa previsione nello sfruttamento di questi corsi d'acqua, per evitare, in futuro, delle sorprese spiacevoli o delle impossibilità di intervento per mancanza di capacità di previsione. Una osservazione ulteriore, alla quale credo di dover rispondere, è stata quella che è stata affacciata da qualche consigliere, e anche nella mozione stessa, quando si è detto che gli interventi della Regione, in passato, sono stati insufficienti o non adeguati; devo dire che questa osservazione, se fat-

ta costruttivamente, è tuttavia sempre da inquadrare in una disparità, evidentemente notevolissima, fra esigenze e possibilità finanziarie. Un intervento nel settore sistemazione dei bacini montani, che sia conclusivo, non richiederebbe meno di 30 - 35 miliardi. È chiaro che a fronte di questa esigenza di finanziamenti, le disponibilità della Regione e anche dello Stato sono quelle che sono. Tuttavia mi piace sottolineare che, osservando retrospettivamente gli interventi fatti dalla Regione, si è avuta una spesa media annua, dall'inizio della attività della Regione ad ora, di 700 milioni, direi con un crescendo, poiché nella prima legislatura si spese un miliardo 414 milioni; nella seconda si è passati a 2 miliardi 755 milioni, nella terza a 3 miliardi 645 milioni, nella quarta a 3 miliardi 454 milioni. Ha già detto il Presidente della Giunta, e ripeto io, che la disponibilità assicurata quest'anno, solo nell'esercizio finanziario corrente, è di circa un miliardo 400 milioni, il che mi pare che rappresenti, almeno come atto iniziale di legislatura, uno sforzo sufficiente a capire che da parte della Giunta, questo problema viene tenuto presente. Posso a questo riguardo dire che ieri, avendo avuto un colloquio a Roma, ancora per questo tema, con il Ministro del tesoro Colombo, si è finalmente ottenuto di sbloccare quella parte del superdecreto che riguardava la sistemazione dei bacini montani, e ieri sera il Consiglio di amministrazione dell'Istituto di credito per le opere pubbliche ha deliberato la emissione delle obbligazioni occorrente a coprire questa parte del superdecreto che si riferisce alle sistemazioni dei bacini montani, mettendo con ciò a disposizione del Ministero le somme occorrenti. Devo anche dire, a riprova dell'interessamento costante da parte della Giunta regionale, che quest'anno per la prima volta si sono ottenuti fondi dal Ministero dell'agricoltura, anche per

lo specifico titolo delle manutenzioni, alle quali, mi pare, si è riferito il cons. Sploegler nel suo intervento. Vi è un altro aspetto della discussione che mi pare utile riprendere e sottolineare, ed è quello che noi abbiamo intenzione di fare. Posso dire che è già stato messo al lavoro un gruppo di tecnici dell'assessorato e quindi rappresentanti i due uffici speciali della sistemazione bacini montani di Trento e Bolzano, unitamente all'ufficio legale della Regione, i quali hanno il compito — e già l'hanno iniziato questo lavoro — di predisporre in modo più preciso che sia possibile, il punto di vista della Regione in questa materia, punto di vista che sarà confrontato, nelle riunioni che avremo prossimamente, con quello degli organi statali. Noi siamo orientati per un programma quinquennale, perché riteniamo che la dimensione dei cinque anni, anche in rapporto alla programmazione nazionale, sia il ritmo più proprio e pertinente. Tuttavia io non sono qui adesso a dire quale tipo di soluzione, anche in sede tecnica, potremo adottare, poiché mi pare giusto quanto ha sottolineato il cons. Corsini: non siamo noi i tecnici in questa materia; prendiamo atto di certe cose che in sede tecnica vengono dette, discutendole poi ed elaborandole anche in sede politica. Quanto diceva il cons. Brugger sulla opportunità di chiamare gli enti locali a partecipare alle spese di arginatura dei torrenti, io dico che da un punto di vista del buon senso, del principio, questa è un'osservazione che condivido. Mi pare che sia tuttavia difficile calare poi nella realtà questa proposta, poiché è noto qual è lo stato di indebitamento e lo stato in genere delle finanze comunali, e non vorrei che questo fosse pregiudizievole poi da un punto di vista dell'esprimersi concretamente delle opere, quando esse siano affidate, nella loro dimensione anche di finanziamento, a più di un ente, il che, nel caso

nostro, potrebbe anche comportare ritardi che evidentemente si tradurrebbero anche in danno specifico locale. Il poter intervenire direttamente, anche se purtroppo totalmente, colle finanze regionali, questo, quanto meno consente maggiore celerità negli interventi; tuttavia è una osservazione che già è allo studio questa, e sulla quale cercheremo di approfondirci. Devo dire che questo aspetto della precisazione delle competenze è comprensivo di una osservazione fatta dal cons. Brugger, mi pare, circa la opportunità di legiferare in materia. C'è la previsione di un intervento legislativo in materia; tuttavia esso, evidentemente, sarà successivo ad una chiarificazione in materia di competenze, ed esso, evidentemente, dovrà comprendere anche la rivendicazione, in sede di opere idrauliche di quarta e quinta categoria, della pulizia idraulica sulla quale ci si è riferiti, perché è assurdo, evidentemente, che in materia una competenza rimanga al Genio civile, quando la competenza di operare invece nelle arginature, è della Regione; il che porta anche a vicende recenti che abbiamo osservato nelle alluvioni, su questa distorsione anche logica, oltre che funzionale, di un duplice intervento, quando soprattutto quello della pulizia idraulica, dal Genio civile non viene in genere effettuato per carenza di fondi. Osservo poi che un gruppo di lavoro è già all'opera, anche per quanto riguarda la predisposizione di un programma di interventi, stabilendo delle priorità. Questo lavoro è già in atto, ed è stato assegnato un termine piuttosto breve, perché noi vorremmo poter essere pronti, da questo punto di vista, quando sarà operante la legge statale sulla cassa del centro nord, la quale prevede, anche in seguito al nostro intervento, uno stanziamento per sistemazione dei bacini montani. In quel momento vogliamo intervenire al Ministero, avendo in mano già carte che provano i nostri

orientamenti, così da potere subito predisporre conseguenti assicurazioni e affidamenti.

Terzo aspetto è quello della autostrada, al quale ha accennato qualche consigliere; e dico che da questo punto di vista già sono in corso dei collegamenti con la società, al fine di fare affidare agli uffici speciali sistemazione bacini montani della Regione, i lavori che siano occorrenti a tutela del tracciato autostradale. Osservo tuttavia che a questo riguardo vi è una questione di competenze, anche in questo caso da chiarire con il Genio civile, che presenta analoga richiesta; e quindi, da questo punto di vista, non posso in questo momento dire altro che i contatti relativi sono già in corso e li proseguirò. Sull'aspetto specifico, anche toccato ultimamente dal cons. Sembenotti, circa una responsabilità eventuale di società idroelettriche nel verificarsi di danni più nel Trentino che in Alto Adige per svasi precipitati di masse d'acqua, devo far presente che avendo raccolto segnalazioni, giudizi, valutazioni, e in qualche caso anche prove di prima mano, a questo riguardo, ci si è dati preoccupazione, l'assessore Raffaelli ed io, di riunire i consiglieri e sindaci dei paesi, i quali hanno giudicato che i danni si fossero verificati anche in concomitanza con tali svasi. E si è sentito il punto di vista dei comuni, si è fatto presente che, evidentemente in sede di richieste specifiche, occorra procedere a un accertamento dello stato dei fatti, in modo più preciso e obiettivo che sia possibile; con ciò quindi anche immediatamente istituendo dei rapporti con uffici dello Stato, il Genio civile in modo particolare. Su questo tema la Giunta regionale si intratterrà venerdì prossimo, per stabilire l'iter delle cose da fare. È chiaro che ove sussistessero responsabilità specifiche, la Regione dovrà e vuole e intende occuparsi delle cose, in modo che tali responsabilità

siano chiarite con tutte le conseguenze del caso. Per ora però siamo nella fase dell'accertamento delle circostanze; questo lavoro, evidentemente richiede un certo tempo, anche se la volontà di chiudere una vicenda, chiarendone tutti gli aspetti, per noi è pressante.

Fatta questa introduzione al tema, ci sono alcuni aspetti sui quali la discussione mi pare si è intrattenuta, sia pure marginalmente. Il cons. Volgger e il cons. Spoegler, in particolare, si sono occupati dei temi della bonifica in senso generale, vorrei dire, cioè tutte quelle opere che siano atte ad incentivare e a migliorare l'economia alpina. Il cons. Volgger si è riferito ai miglioramenti fondiari, all'art. 13 del Piano Verde; il cons. Spoegler al problema delle malghe. Devo dire che questa preoccupazione che aveva il cons. Volgger, circa una spaziazione dell'art. 13 dal nuovo progetto di Piano Verde, non è fondata, perché questo art. 13 rimane, anche se non è determinato l'importo che coprirà questa volontà del legislatore di intervenire nel settore dei miglioramenti fondiari. Noi siamo ben convinti che occorra, in materia, intervenire anche in Alto Adige, evidentemente; occorre, tuttavia, tenere conto come la particolare dislocazione dei nuclei abitati, l'esistenza di masi e ciò che pone le cose in modo diverso dal Trentino, che presenta situazioni di agglomerati maggiori, crea costi di intervento che sono notevolmente pesanti, e che quindi il tema vada inquadrato in una ricerca di interventi e di tipi di interventi che sia più approfondita, ciò che stiamo facendo in questo momento; tuttavia, considerando come giuste e legittime le esigenze di creare e di provvedere a fare quelle infrastrutture dell'acquedotto all'allacciamento elettrico, che sono, al giorno d'oggi, quanto meno una comunità civile può chiedere. Da questo punto di vista voglio assi-

curare il cons. Volgger che si sta intervenendo e che si interverrà, rendendoci conto, tuttavia, di quale è l'importanza e la conseguenza anche finanziaria di interventi di questo tipo, rispetto alle esigenze che esistono. Per quanto riguarda un accenno da lui fatto alla rete boschiva forestale, prendo atto: me ne sono reso conto che la rete stradale forestale, in Alto Adige, è meno diffusa che quella del Trentino e che una rete forestale, che sia abbastanza capillare, è la condizione essenziale perché sia valorizzato il prodotto del bosco. Devo dirgli che si è ultimamente fatta una riunione fra i tecnici dei ripartimenti, e che si è convenuto di adottare, anche in provincia di Bolzano, una esperienza che si va facendo utilmente in provincia di Trento, cioè quella della costruzione di strade forestali in economia, diretta dai ripartimenti forestali e quindi precisata da strumenti anche tecnici, quindi con conseguenza di progettazione e di rapidità di tempo e di minor spesa, che sono quelli degli organi forestali. Questo avrà espressione nel prossimo bilancio del '66, anche per la provincia di Bolzano, considerato, ripeto, che l'esperimento fatto in provincia di Trento è stato positivo. C'è un ultimo aspetto, ricordato dal cons. Spoegler: quello delle malghe. Devo dirgli che qui si intende operare; quello che già abbiamo fatto riguarda la nomina e la costituzione di un ufficio specializzato, nell'ambito dei ripartimenti forestali, con la nomina di un ispettore che si occupa solo di tale aspetto dell'economia montana. Noi vorremmo poter intervenire molto di più di quanto le possibilità finanziarie non consentano; tuttavia dico che gli interventi che cercheremo di fare, saranno tuttavia in una dimensione che vogliamo sia economica, e cioè condizioneremo gli interventi dell'ente pubblico della Regione ad una valutazione che i nostri tecnici faranno, e che sia perfettamente rispondente,

non tanto o almeno non solo alle tradizioni o alle spinte locali, vorrei dire molto spesso campanilistiche, ma che siano rispondenti ad un inquadramento generale di carattere economico del problema zootecnico, e in genere dell'alpe. Aggiungo che in novembre ho già predisposto due incontri di tecnici, uno in provincia di Trento, uno in provincia di Bolzano, ai quali inviteremo anche gli organi delle Province che si occupano di agricoltura, per approfondire questo problema dell'economia montana, anche vedendo le implicazioni possibili, alle quali si riferiva il cons. Volgger, rispetto al turismo, perché mi pare che occorra istituire un collegamento sempre più preciso, non in senso del tutto assoluto ed esclusivo, ma comunque in modo preciso fra economia montana e turismo, poiché è chiaro che vi è un aspetto di complementarità che va precisato. E questi due incontri che faremo entro novembre a Trento e a Bolzano, invitando a tali incontri anche esponenti di associazioni di allevamento, ecc., avranno lo scopo, in collegamento con l'assessorato dell'agricoltura e con gli assessorati della Provincia, di precisare meglio anche in linea eventualmente legislativa, queste possibilità di intervento da parte della Regione. Con ciò mi pare di avere risposto sostanzialmente alle osservazioni fatte, osservando e dicendo ancora che da parte della Giunta regionale, in attesa della ripresa dei lavori della prossima stagione, verrà predisposto quanto indispensabile per provvedere con tempestività, con chiarezza agli interventi, e in modo adeguato alle esigenze.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e com-

mercio - D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, il fatto di avere abbinato alla discussione di questo disegno di legge anche le mozioni e le interpellanze riguardanti i danni provocati dalle recenti alluvioni, ha comportato una discussione molto ampia, e quindi è stato un po' difficile da parte nostra poter seguire con attenzione veramente continua anche tutta la discussione, per cui domanderò già fin d'ora scusa ai signori consiglieri se io forse non potrò essere completamente esauriente nel dare le risposte che essi si attendono da me. Io vorrei subito sgomberare il terreno da alcuni argomenti che sono stati trattati e cioè dire anch'io una parola al riguardo del problema fondamentale che si è manifestato in occasione di queste recenti calamità. È stato detto: ripristiniamo pure i danni, cerchiamo di riprendere l'attività culturale nelle campagne, ma non perdiamo di vista il pericolo che incombe ancora all'agricoltura per la deficienza di opere idrauliche fondamentali e soprattutto per la deficienza delle opere che riguardano l'Adige. Io condivido le espressioni che sono state qui fatte; condivido le preoccupazioni e sono senz'altro convinto che sia utile, da parte dell'amministrazione regionale, un approfondito esame di questo tema. Su questo problema probabilmente potrà parlare anche il Presidente della Giunta, però ritengo che la Regione non può ritenersi estranea, proprio per le conseguenze che il problema comporta per l'economia agricola in modo particolare, ma per tutti gli altri settori economici non può, come ho detto, estraniarsi dall'esame approfondito di questo problema. Io non so se la Giunta potrà stabilire di affidare a un collegio di tecnici di comprovata capacità ed esperienza lo studio di questo problema, comunque ritengo che sia doveroso che uno studio approfondito sia fatto. Per parte mia io sarei anche d'accordo

nel vedere di affidare questo studio a un gruppo di tecnici, anche perché nelle opere che l'assessorato all'agricoltura ha realizzato negli anni scorsi, proprio per il settore della bonifica, non sempre si è potuto effettuare lavori che sembravano forse a nostro giudizio da eseguirsi in un determinato modo, perché non sempre si è potuto avere l'assenso da parte degli organi superiori, in modo particolare del Magistrato delle Acque. Forse non è male che l'amministrazione possa avere una consulenza di tale forza, soprattutto dal punto di vista scientifico, in modo che determinate proposte e posizioni possano essere convalidate da esperienze di carattere scientifico, veramente provate. Però ritengo che su questo problema dell'Adige, i signori consiglieri non debbano pensare, non possano pensare che la responsabilità, anche di interventi in sede governativa, sia lasciata unicamente alla Giunta regionale. La nostra Regione può avere un peso, però ricordiamoci che la nostra Regione ha un peso relativo, che è quello di una piccola regione, che è quello di un piccolo territorio, con una popolazione molto ridotta e in sede governativa vi sono anche altre regioni, con altri problemi, e quindi io ritengo che su questo argomento, che è di notevole importanza, dovrebbe esserci un senso di responsabilità da parte di tutti i gruppi politici, in modo che tutte le forze che sono a disposizione dei vari gruppi politici che sono presenti nella Regione, operino per la soluzione di questo problema. E qui ritengo che su questo tema fondamentale vi debba essere — se così possiamo dire — una certa mobilitazione generale, di buona volontà, mobilitazione generale da parte dei gruppi politici, per tenere vivo il tema; un senso di responsabilità anche da parte dei gruppi politici, nel senso di interessare anche i nostri rappresentanti al Parlamento e al Senato, in modo che questo proble-

ma sia continuamente messo in luce presso gli organi competenti ed è giusto, credo, che su questo argomento, anche la Stampa tenga dritto il problema, puntualizzandolo e richiamando su di esso l'opinione pubblica. Detto questo, io penso di dover poi accennare ad alcune critiche che sono state fatte all'azione della Giunta in occasione di questa calamità; ed è stato osservato che è passato troppo tempo dal verificarsi dell'alluvione ad oggi, cioè al momento in cui in Consiglio regionale abbiamo discusso il problema e abbiamo discusso un provvedimento che può in qualche modo anche servire per alleviare i danni dell'alluvione. Si è detto che si è agito con troppa lentezza, si è detto che la Giunta doveva muoversi prima. Io ritengo di dover rigettare, per quanto riguarda la Giunta, questa accusa, perché, come ai signori consiglieri è noto attraverso la stampa, la Giunta regionale si è mossa ancora una settimana dopo le calamità presso gli organi competenti del Governo, presso il Ministro dell'agricoltura e presso il Ministro del tesoro, approntando delle relazioni che erano già abbastanza complete, e modestamente, la delegazione che si è recata a Roma e ha avuto i contatti con i rappresentanti del nostro Governo, ha avuto anche da questi stessi rappresentanti delle attestazioni positive. Perché si è detto: effettivamente voi ci presentate già una situazione, ce la presentate già con dati di fatto precisi. Ora quello che la Giunta doveva fare, cioè l'intervento immediato verso lo Stato, e non solo un intervento con appelli generici, ma con dati precisi, questo intervento la Giunta lo ha fatto. Quindi io penso che non possa essere accettata la critica di lentezza da parte della Giunta. Signori, ancora pochi giorni dopo l'evento calamitoso, noi abbiamo comunicato che avremmo cercato di adattare la legge per la bonifica a favore delle zone alluvionate. Non è colpa no-

stra se il disegno di legge non ha fatto un *iter* veloce presso le commissioni; non è colpa della Giunta se il disegno di legge viene trattato in questo momento. Così pure io penso che non possa essere accettata la critica, secondo la quale la Giunta avrebbe dovuto proporre immediatamente un disegno di legge che riguardasse la riparazione dei danni provocati dalle alluvioni. Io penso che i signori consiglieri, in modo particolare coloro che hanno responsabilità in campo amministrativo, che hanno quindi esperienza anche delle difficoltà di ordine finanziario in cui si trovano i nostri enti, siano concordi con l'atteggiamento della Giunta, con la posizione della Giunta, che è stata quella di dire: cerchiamo di usufruire degli strumenti che abbiamo a disposizione, ma cerchiamo di ottenere, da parte degli organi statali, da parte dello Stato, la più ampia assegnazione di fondi; attendiamo l'assegnazione o attendiamo perlomeno di avere notizie precise circa l'assegnazione dei fondi da parte dello Stato e poi vediamo quello che è possibile fare in sede locale. Credo che questa sia una norma di giusta amministrazione e credo che non sia assolutamente criticabile questo atteggiamento, che naturalmente ha comportato una perdita di tempo, ma che pone la Giunta regionale e pone il Consiglio regionale in condizioni di poter decidere con maggiore precisione e quindi con maggiori dati di fatto. Abbiamo avuto notizia in questi giorni, come ho avuto modo di dire in occasione dell'inizio della discussione generale, che il Governo ha già approvato un disegno di legge, che riguarda rifinanziamenti alla nota legge 739, e ho avuto modo di dire anche quali sono gli importi che su questa legge vengono assegnati, e cioè 10 miliardi sull'art. 1 della legge per contributi a fondo perduto, 20 miliardi per operazioni creditizie e 15 miliardi per operazioni di mutuo da effettuarsi dai co-

muni, dalle province e dai consorzi di bonifica, per le minori entrate avute a seguito di questa calamità.

Ora noi interverremo in questi prossimi giorni presso il ministero dell'agricoltura, per conoscere preventivamente quella che potrà essere più o meno l'assegnazione dei fondi. Io concordo con il cons. Benedikter nella sua richiesta di vedere che possibilmente a favore della nostra Regione sia stanziata una quota e che questa quota venga poi spesa secondo i canali che noi abbiamo a disposizione in sede regionale. Dirò anzi che presso i nostri parlamentari sarà anche promosso un interessamento affinché, nel momento in cui la legge verrà presentata in Parlamento, siano in grado di chiedere anche quanto ci è stato suggerito dal cons. Benedikter. Effettivamente questa sarebbe la strada migliore; vedremo se questa nostra richiesta, — richiesta che farà anche l'amministrazione regionale — vedremo se questa richiesta sarà tenuta nella debita considerazione.

Il cons. Pruner diceva che sarebbe opportuno che lo Stato lasciasse nella nostra Regione una quota delle imposte che lo Stato ricava, che lo Stato introita nel territorio della nostra Regione. Questa sarebbe una magnifica proposta. Purtroppo però, cons. Pruner, lei sa che la nostra autonomia non arriva fino a questo punto. Alla fine della guerra, quando si affacciava il problema dell'autonomia, effettivamente questa era l'autonomia che noi tutti sognavamo; questa era l'autonomia che noi sognavamo per la nostra Regione, per le nostre province, l'autonomia più ampia nel vero senso della parola; autonomia al punto tale da poter effettivamente avere a disposizione anche questi fondi sui proventi delle imposte che lo Stato ricava nel nostro territorio. Purtroppo però oggi la constatazione che possiamo fare è quella

di avere sì una autonomia, di avere uno Statuto di autonomia che può, sotto un certo aspetto, aver appagato le nostre aspettative, ma dobbiamo dire che non ha appagato sicuramente al 100% quelle che erano le aspettative dei ferventi autonomisti.

Si è anche detto che si sarebbe potuto proporre un disegno di legge, basato anche sullo schema di quello che era stato presentato dopo l'alluvione del 1960. A proposito di questa legge, io concordo perché credo che sia giusto dire la verità — perché non c'è bisogno di celare la verità, quando la verità soprattutto è evidente — io concordo con coloro che hanno espresso la loro critica al funzionamento di questa legge. Quando la legge è stata presentata, il legislatore, il Consiglio regionale, la Giunta regionale che la presentava sperava di poter presentare un ottimo provvedimento per far fronte alla calamità di quel momento. Purtroppo però il meccanismo di applicazione della legge è stato così macchinoso, anche — lasciate che io lo dica — anche per determinate imposizioni da parte dell'organo di controllo, che oggi è assolutamente impensabile, e penso che sia inconcepibile da parte nostra, il ripetere un provvedimento di legge organato in quel modo. Io penso che se dobbiamo anche eventualmente, in seguito, fare degli interventi ancora per questo tema, noi dobbiamo studiare gli interventi di tutt'altro genere, vedere eventualmente di intervenire a favore delle organizzazioni dei contadini, a favore dei consorzi di miglioramento fondiario od altro, ma evitare che i singoli contadini interessati siano costretti a presentare documentazioni, a perdere tempo, e i nostri uffici siano poi costretti a svolgere una mole veramente imponente di lavoro per poter liquidare molte volte solo delle piccole e veramente quasi insignificanti somme di dena-

ro. Quindi da parte nostra questa situazione è stata tenuta presente; è stata tenuta presente nel momento in cui si è esaminata anche la possibilità di modificare il disegno di legge sulla bonifica, che era stato presentato. E io vorrei ricordare ai signori consiglieri, ad alcuni consiglieri, che non hanno valutato fino in fondo la portata di questo modestissimo provvedimento, che proprio come si evince dalle relazioni che sono state presentate, che sono state anche consegnate ai signori consiglieri, ma come può essere evidente anche da sopralluoghi da effettuarsi nei luoghi nei quali l'alluvione ha provocato i maggiori danni, credo che sia evidente che uno dei primi danneggiati è stato il settore delle opere di bonifica. E il danno alle opere di bonifica è un danno che deve essere riparato entro breve tempo, perché le opere di bonifica non servono solo per smaltire acqua normale che si trova nei terreni per una conformazione particolare del terreno, ma servono in modo particolare per le morbide del fiume Adige — soprattutto le opere di bonifica nella Valle dell'Adige — per le morbide normali del fiume Adige. Se noi non siamo in grado di riparare, entro breve tempo, le opere di bonifica, noi, nella prossima primavera, avremo ancora dei danni provocati a quelle campagne per le quali i signori consiglieri, molti dei consiglieri qui presenti hanno invocato dei provvedimenti. Si dice: aiutiamo gli agricoltori a riparare i loro danni, aiutiamoli a ripristinare le colture. Va bene, signori, ma se noi non poniamo anche mano alla riparazione delle opere di bonifica, quei lavori che potranno essere effettuati, magari in questi ultimi mesi dell'anno o nei primi mesi dell'anno, potranno poi verificarsi anche inutili, se noi non porremo mano ad alcune riparazioni urgenti nel settore delle opere di bonifica. Il settore delle opere di bonifica, che sono di proprietà dei sin-

goli contadini, sono delle organizzazioni governate dagli stessi contadini, delle organizzazioni che si rivalgono poi nei confronti dei contadini stessi. Se i consorzi di bonifica non fossero aiutati in questo momento a riparare le opere stesse e le dovessero riparare a proprie spese, i consorzi di bonifica dovrebbero poi rivalersi su tutti i consorziati, i quali alla prima cartella delle tasse si troverebbero sicuramente aggravati di cifre molto considerevoli.

Ecco quindi l'urgenza di poter provvedere immediatamente a queste opere. Si è poi pensato di poter provvedere, oltre che alla riparazione delle opere di bonifica, anche al ripristino dei terreni danneggiati dall'alluvione, cercando di far evitare, come ho detto prima ai contadini la presentazione di singole pratiche. Con l'emendamento che è stato presentato, noi riteniamo di poter operare in tutto il territorio della Valle dell'Adige, attraverso i consorzi di bonifica, per le opere di ripristino dei terreni, cioè per quelle opere che possono portare i terreni fino al punto nel quale potranno subire le operazioni per le nuove colture da inserire sugli stessi. Siamo poi partiti anche da un'altra preoccupazione: quella di agire in forma organica, al fine di evitare che determinati lavori eseguiti magari dai contadini stessi, non rispondessero a quelle esigenze di carattere tecnico, che sono da osservare soprattutto in questi territori. È necessario fare per questi territori dei piani, diciamo così, regolatori generali, in modo che le opere che vengono eseguite, siano eseguite in modo tale da permettere poi la costruzione dei canali, lo sgrondo delle acque, lo scolo normale delle acque; e poi che anche nelle stesse opere di reimpianto con frutteti o vigneti, si tengano presenti soprattutto delle esigenze di carattere tecnico, che non possono essere, come ho detto prima, non possono essere trascurate, se noi vogliamo ef-

fettivamente fare, in agricoltura, delle cose all'altezza dei tempi. Quindi l'emendamento che è stato presentato per il disegno di legge, ritengo che possa, se non sufficientemente riparare i danni, ma possa contribuire in modo notevole, per lo meno all'effettuazione delle opere che sono urgenti e che sono di carattere fondamentale, sia per l'asporto del materiale alluvionato dei terreni, come pure per le opere stesse di bonifica. Vedremo, come ho detto, in seguito, quello che potrà essere l'intervento dello Stato, però prescindendo da quello io concordo anche con quanto è stato affermato dal cons. Brugger, e cioè che si cerchi di operare in queste zone, anche con le leggi ordinarie, e in modo particolare con gli stanziamenti del Piano Verde. Io penso anche che si potrà, forse fra non molto tempo, anche esaminare un provvedimento di carattere generale, che riguardi aiuti alla fruttivicoltura, provvedimento che potrà essere poi applicato con priorità proprio alle zone colpite, e quindi si procederà anche in questo modo con leggi normali senza ricorrere a leggi straordinarie. Voglio poi dare assicurazione ancora una volta, a nome della Giunta, ai signori consiglieri che si sono preoccupati, sia in commissione che in Consiglio, delle zone che non sono oggetto di questo provvedimento, che da parte nostra queste zone, che non potranno godere dei benefici dell'emendamento che è stato presentato, queste zone avranno la preferenza per gli interventi che avremo in sede statale, e che comunque se non si sarà provveduto sufficientemente, il problema sarà ancora riportato all'esame del Consiglio, per eventuali, ulteriori provvedimenti. Io penso che si debba avere fiducia, che in questa occasione il governo possa stanziare dei fondi sufficienti; la nostra calamità non è da paragonarsi a quella del Vajont; non abbiamo avuto bisogno, non avremmo bisogno

di leggi di quella mole come quelle che sono state predisposte per il Vajont; non abbiamo avuto una calamità di quel tipo. Quindi già il fatto che si intervenga con le leggi normali, con rifinanziamento di leggi normali, come quello della 739, mi sembra che possa essere questo sufficiente, sempre che naturalmente il Governo tenga nel dovuto conto che la calamità che si è verificata da noi, ha avuto delle proporzioni maggiori di quelle che possono essere considerate, per l'ampiezza del territorio, in quanto questa calamità ha colpito il cuore dell'agricoltura della nostra Regione, ha colpito le campagne più fiorenti. Concordo con quanto aveva anche affermato il cons. Corsini, circa la opportunità di invogliare soprattutto i contadini ad accettare le forme di aiuto indiretto. Effettivamente per la concessione di mutui, noi potremo contare sicuramente su stanziamenti più robusti che per i contributi a fondo perduto. L'abbiamo visto in occasione di altre calamità, lo abbiamo visto anche in occasione delle grandinate che si sono verificate quest'anno. Purtroppo però io devo constatare che i nostri agricoltori non gradiscono molto l'accensione di mutui, anche se l'accensione di questi mutui comporta per loro anche delle formalità inferiori a quelle generalmente richieste per i mutui di carattere fondiario, e se le condizioni per il tasso d'interesse sono veramente favorevoli. Signori, ricevere del denaro all'1,50 per cento di interesse, credo che sia veramente una cosa interessante per coloro che hanno delle aziende agricole impostate in modo moderno e in modo efficiente. Purtroppo anche in occasione dei recenti provvedimenti, a seguito delle grandinate di questa primavera, noi abbiamo avuto delle assegnazioni. Abbiamo fatto dei comunicati sulla Stampa, abbiamo comunicato la cosa alle associazioni di categoria, ma abbiamo visto la presentazione di pochis-

sime domande. Ad esempio per i prestiti agevolati all'1 per cento, a seguito delle gradinate di questa primavera, fino all'altro ieri, in provincia di Trento, erano state presentate solo dieci domande, con una disponibilità sicuramente per un numero molto maggiore di domande di credito agevolato. Non so — e per questo domando scusa ai signori consiglieri — non so se sono stato completo nel rispondere ad alcune osservazioni che erano state fatte. Io sarò lieto, eventualmente in occasione della discussione dei singoli articoli, di ritornare sull'argomento, di fornire eventuali maggiori delucidazioni. Il provvedimento, sono io il primo a dire, è un provvedimento modesto, però, signori consiglieri, se voi guardate bene l'emendamento, troverete che con questo emendamento noi siamo in grado di effettuare subito dei lavori, siamo in grado di tappare almeno i buchi più grossi, siamo in grado di sovvenire alle esigenze fondamentali, soprattutto nella valle dell'Adige.

Ringrazio tutti coloro che sono intervenuti, e soprattutto i signori consiglieri che, pur dovendo fare determinate impostazioni, anche di carattere critico, al problema, hanno avuto perlomeno delle attestazioni di riconoscimento su quello che è stato fatto in questo tempo e sulla buona volontà, per lo meno da parte della Giunta, di operare almeno con quegli strumenti di cui la Giunta disponeva.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Fronza.

FRONZA (assessore enti locali - D.C.): Non entrerò nel merito della legge in discussione, ma vorrei solo rispondere ad alcuni consiglieri che sono intervenuti sui problemi assistenziali e precisamente ai cons. de Carneri,

Posch, Geber e Bernhart, che hanno parlato e appunto hanno chiesto dei chiarimenti. Vorrei subito dire che in quei giorni sono stato frequentemente in relazione con i sindaci dei Comuni colpiti, invitandoli anche per iscritto a segnalare casi urgenti di assistenza. E il Commissariato del governo di Trento, il Vicecommissariato di Bolzano, in accordo con l'assessorato Enti locali e anche su nostre segnalazioni, ha fatto pervenire ancora in quei giorni, per i casi più urgenti, ad alcune famiglie, delle assegnazioni immediate, autorizzando ECA e Comuni ad anticipare subito. Infatti abbiamo visto che a Nave San Rocco sono state aiutate 15 famiglie per 74 unità, con 300 mila lire; così ad Aldeno per 3 famiglie 600 mila lire; a Zambana 200 mila lire; a Zambana altre 2 famiglie, tramite ECA, 150 mila e così all'ECA di Trento per un milione. Così si è fatto in provincia di Bolzano, sempre in accordo e anche su nostre segnalazioni, fatte anche dall'assessorato provinciale assistenza di lassù; abbiamo visto che a Bolzano è stato dato un contributo di 500 mila, così a Bressanone, così a Brunico per un milione, così a Campo Tures 500 mila lire; alcuni altri contributi di 100 mila lire a Chiusa, Gais, Gargazzone, Moso e Postal per 200 mila lire; così a San Candido per un milione e San Pancrazio e Velturmo 400 mila lire, rispettivamente 500, così in Val di Vizze. Così che si è fatto fronte ai casi urgentissimi di assegnazione. Piace inoltre sottolineare che in quei giorni è stata aperta una pubblica sottoscrizione, anche tramite il giornale cittadino « Adige », che ha raccolto 3 milioni 400 mila lire e sono stati distribuiti anche su nostre segnalazioni a delle famiglie di quei caduti, proprio per causa delle alluvioni, dando ad ogni famiglia 240 mila lire e dando invece un importo di un milione alla famiglia del Daff di Imer in quanto specificatamente era stato

sottoscritto per quello. Nel contempo è stato dato incarico ai funzionari dell'ufficio assistenza dell'assessorato e alle assistenti sociali, di andare nei Comuni colpiti dalle alluvioni, seguendo le segnalazioni sia di sindaci, sia di funzionari o di altri assessorati regionali, di consiglieri regionali e segnalazioni dell'associazione mutilati invalidi del lavoro e anche di alcuni degli ECA, per accertare la situazione di determinate famiglie che si trovavano in situazione critica, proprio per aver perso tutto, o quasi tutto, causa l'alluvione. Proprio ieri queste assistenti sociali e i funzionari dell'ufficio mi hanno portato delle conclusioni, con delle proposte di assegnazione di contributi a dieci ECA della provincia di Bolzano, e ad altrettanti ECA della provincia di Trento, per un complesso di necessità di 8 milioni.

Si erano fatte quindi delle proposte conclusive alla Giunta regionale, dopo aver sentito il parere degli assessori provinciali all'assistenza di Bolzano e rispettivamente di Trento, in modo da ripartirsi eventualmente l'onere anche secondo le modalità di intervento. Quindi, per concludere la risposta su questo argomento, ai signori consiglieri dico che vi è stato un coordinamento in questo campo, che vi è stato intervento, dove c'era bisogno, seguendo anche le segnalazioni che sono fatte, non guardando subito al bisogno del momento, ma guardando alla necessità che si può verificare, magari nel cuore dell'inverno, e quindi l'assegnazione viene fatta non direttamente, ma tramite gli ECA, perché in sede locale può esserci talvolta la possibilità di un maggior giudizio, di un giudizio più obiettivo, che non in sede regionale o in sede provinciale.

Vorrei prendere l'occasione anche per rispondere al cons. Bernhart, il quale ha trattato, oltre che argomenti dell'assistenza appunto

agli alluvionati, argomenti relativi all'attrezzatura speciale per i vigili del fuoco, e vorrei prendere l'occasione, come è stato fatto dalla Giunta regionale, proprio per dare un riconoscimento all'opera che han fatto i vigili volontari del fuoco e i vigili dei corpi permanenti, proprio per intervenire dove era necessario, dove era più urgente, per salvare i beni delle cose, ma soprattutto per trasferimenti di persone, per ricerche di appartamenti, per fornitura di beni di prima necessità. E riguardo all'attrezzatura speciale, vorrei dire e confermare quanto è stato detto in occasione della discussione della variazione di bilancio, ancora nei primi dell'agosto scorso, che è stata formata una commissione apposita — era stata formata anche prima, sotto la Presidenza appunto dell'ispettore Slomp — e dopo i fatti delle alluvioni si è tenuto conto soprattutto della necessità di queste attrezzature speciali. La Commissione non ha ancora terminato i suoi lavori, porterà una sua relazione, che ho già pronunciato in Giunta regionale; proprio il Presidente ha detto e ha disposto che venga esaminata in sede di Giunta regionale questa relazione su eventuali necessità di attrezzature speciali per interventi tipo alluvionali o altre cose, ed eventualmente, se è necessario, in sede locale o in sede governativa, si vedrà di venire incontro a questi problemi.

PRESIDENTE: Bene, allora io dichiaro chiusa la discussione generale. Adesso si tratterebbe di mettere in votazione il passaggio alla discussione articolata, ma ci sono i tre ordini del giorno: uno presentato dal cons. Benedikter ed altri, tutti i consiglieri della S.V.P.; un altro presentato dai consiglieri Martinelli, Vinante e Tanas; un altro presentato dai cons. de Carneri e Gouthier. Inoltre c'è la mozione,

che abbiamo deciso di discutere abbinata alla legge, presentata dai cons. Sembenotti, Pruner, de Carneri, Gouthier. Io ritengo che, sentiti anche i consiglieri proponenti, prima di passare alla discussione e alla votazione in merito ai tre ordini del giorno e alla mozione, sia opportuno un breve scambio di idee fra i capigruppo, al fine di poter raggiungere un'intesa su detti ordini del giorno e sulla mozione.

Per oggi intanto dichiaro chiusa la seduta.

Comunico che è convocata la commissione alle finanze per l'esame del disegno di legge n. 19. Adesso deve pure riunirsi la commissione legislativa all'industria, per l'approvazione delle relazioni di maggioranza e di minoranza al disegno di legge n. 26, che prevede dei benefici finanziari alle industrie delle ferroleghie. L'ordine dei lavori, tanto perché i consiglieri siano informati, sarebbe questo quindi: la seduta viene sospesa adesso, si riuniscono le due commissioni, i capigruppo si scambiano le loro idee in merito ai tre ordini del giorno e alla

mozione. Domani alle ore 9.30 la seduta riprende con una breve discussione delle interrogazioni e interpellanze, e poi prosegue per concludere questa legge. Verrà poi chiesta la votazione a maggioranza qualificata, per l'inserimento della legge n. 19, quella che dovrebbe essere esaminata dalla commissione adesso, cioè la modifica della legge n. 19, sempre nell'ipotesi, naturalmente, che la commissione la approvi, e poi si concluderanno i lavori del Consiglio nella seduta di domani. La variazione di bilancio verrà discussa verso il 6, il 7 novembre. I consiglieri saranno convocati a domicilio. La prossima settimana c'è Consiglio provinciale, ci sono le commissioni e quindi non c'è Consiglio regionale, e domani l'intendimento è di concludere proprio questa legge sulle alluvioni e poi quella leggina di modifica della legge 19.

Ci sono osservazioni da fare? No. Allora la seduta è chiusa e riprende domani alle ore 9.30.

(Ore 12.55.)

